



STADTGEMEINDE 8380 JENNERSDORF

Hauptplatz 5a
UID-Nummer: ATU38532307

Tel.: 03329/45200-0, Fax: 45200-21
E-Mail: post@jennersdorf.bgld.gv.at

13.04.2023

Niederschrift

zur

4. ordentlichen Gemeinderatssitzung der Stadtgemeinde Jennersdorf

am 13.04.2023, um 19.00 Uhr
im Gasthaus Leiner, Unter-Henndorf 69

Beginn: 19:00 Uhr

Anwesend: Bgm. Reinhard Deutsch
Vbgm. Josef Feitl
Mag. Milan Nemling
StR Oliver Stangl, BSc MSc
Josef Glantschnig
StR Johannes Simon
KR Edmund Potetz
Petra Meitz
StR Helmut Kropf (Gartengasse)
Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße)
Dr. Josef Hochwarter
Silvia Deutsch
Petra Kropf
Dr. Nikolaus Leontaridis
Siegfried Kahr
Michael Kristan
Alfred Gratzer
Kristina Brückler
StR Alexander Schweizer
Gerda Poglitsch
StR Gernot Strini
Anneliese Fürstner
Elias Spitzer (Ersatzgemeinderat ÖVP)
Mag. Hannes Würkner (Ersatzgemeinderat JES)

Entschuldigt sind: Gabriele Lechner
Karin Hirczy-Hirtenfelder
Brigitte Kohl

Nicht entschuldigt:

Weiters anwesend: AL Roswitha Feitl
Mag. Sandra Rinder

Tagesordnung:

- 01.) Genehmigung der Niederschriften der 3. ordentlichen Gemeinderatssitzung vom 16.02.2023
- 02.) Kenntnisnahme des Schreibens A2/G.JENNERS-10038-3-2023 betreffend Voranschlag für das Haushaltsjahr 2023
- 03.) Beratung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss der Stadtgemeinde Jennersdorf für das Haushaltsjahr 2022
- 04.) Beratung und Beschlussfassung über die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von EUR 1,7 Millionen für den Umbau des Stadtamtes Jennersdorf
- 05.) Beratung über das Festlegen von Preisen pro Quadratmeter für Vereinbarungen betreffend Baulandmobilisierung in den Ortsteilen – Jennersdorf, Grieselstein, Henndorf, Rax-Dorf und Rax-Bergen.
- 06.) Beratung und Beschlussfassung über eine Petition an den Burgenländischen Landtag
- 07.) Beratung und Beschlussfassung über das Raumplanungsfachliche Tourismuskonzept (Grundlage für das Örtliche Entwicklungskonzept)
- 08.) Beratung und Beschlussfassung über die Verlängerung eines Optionsvertrages betreffend Grundstück Nr. 1533, KG 31123 Rax – Hangwasserschutzmaßnahme Jennersdorf Ost – östlich und westlich des Grenzgrabens
- 09.) Beratung und Beschlussfassung über eine Vereinbarung mit dem Verein Pulverturm betreffend Stadtmuseum Jennersdorf
- 10.) Beratung und Beschlussfassung über einen Pachtvertrag betreffend Freibadrestaurant Jennersdorf
- 11.) Beratung und Beschlussfassung über ein Prekarium betreffend rund 10 PKW-Abstellplätze auf der Liegenschaft EZ 20, KG 31111 Jennersdorf – Raxer Straße 2
- 12.) Beratung und Beschlussfassung über eine Verordnung betreffend Widmung von öffentlichem Gut – Trennstück 1 des Grundstückes Nr. 247/1 in der KG 31110 Henndorf gemäß der Vermessungsurkunde von DI Andreas Schmaldienst vom 13.02.2023
- 13.) Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe betreffend Fenstertausch – Stadtamt Jennersdorf
- 14.) Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe betreffend Schlosserarbeiten – Stadtamt Jennersdorf
- 15.) Beratung und Beschlussfassung über einen Finanzierungsbeitrag in der Höhe von EUR 100.000,00, die Teilnahme am KAT-Konzept als Stationierungsgemeinde bzw. Stationierungs-Feuerwehr sowie eine

Übernahmevereinbarung betreffend die Bestellung von Wechselladefahrzeugen mit Kran für die Feuerwehr Jennersdorf

16.) Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Umwelt und Soziales

17.) Allfälliges

Bgm. Reinhard Deutsch begrüßt als Vorsitzender die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße und zeitgerechte Einberufung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass zu Protokollbeglaubigern StR Oliver Stangl, BSc MSc und Helmut Kropf (Gartengasse) bestellt sind.

Bgm. Reinhard Deutsch informiert über das neu besetzte Gemeinderatsmandat der Fraktion ÖVP, Anneliese Fürstner, und das neue Ersatzgemeinderatsmitglied der Fraktion ÖVP, Elias Spitzer, welche auf Grund von Verzichtserklärungen von der Bezirkswahlbehörde Jennersdorf gemäß § 91 Abs. 2 GemWO auf die freigewordenen Mandate betreffend Gemeinderat (Anneliese Fürstner) und Ersatzgemeinderat (Elias Spitzer) der Stadtgemeinde Jennersdorf berufen wurden.

Gemäß § 18 Abs. 1 Bgld. GemO werden die Gemeinderätin Anneliese Fürstner und der Ersatzgemeinderat Elias Spitzer mit folgender Gelöbnisformel vom Bürgermeister angelobt:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Burgenland gewissenhaft zu beachten, meine Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die Amtsverschwiegenheit zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern. Ich gelobe!“

Beilage: Gelöbnis unterfertigt

Bgm. Reinhard Deutsch beantragt, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

„Wahl des Ausschussmitgliedes der Fraktion ÖVP für den Ausschuss Gesundheit/Umwelt/Soziales.“ Dieser Punkt soll als TOP 17.) Behandlung finden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Bgm. Reinhard Deutsch über die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bgm. Reinhard Deutsch beantragt, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

„Bericht des Prüfungsausschusses.“ Dieser Punkt soll als TOP 18.) Behandlung finden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Bgm. Reinhard Deutsch über die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bgm. Reinhard Deutsch beantragt, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

„Beratung und Beschlussfassung über die beiliegende Grundsatzvereinbarung betreffend Glasfaserinfrastruktur mit der Österreichischen Glasfaser Infrastruktur Gesellschaft (öGIG).“ Dieser Punkt soll als TOP 19.) Behandlung finden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Bgm. Reinhard Deutsch über die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bgm. Reinhard Deutsch beantragt, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

„Beratung und Beschlussfassung über eine Verordnung betreffend Entwidmung von öffentlichem Gut – Grundstück Nr. 1919, KG 31111 Jennersdorf.“ Dieser Punkt soll als TOP 20.) Behandlung finden.

Bgm. Reinhard Deutsch berichtet, dass der Verkauf dieses Grundstückes bereits beschlossen wurde. Hier geht es um die Entwidmung öffentlichen Gutes.

Gerda Poglitsch erkundigt sich, wo sich das Grundstück Nr. 1919 befindet.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass sich dieses Grundstück in der Hohenbrugger Straße befindet und bereits verkauft wurde. Heute geht es lediglich um die Verordnung.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Bgm. Reinhard Deutsch über die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße) erwähnt die Fassade des Rathauses.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt hierzu, dass dieses Thema unter dem Tagesordnungspunkt Allfälliges Behandlung findet. Heute soll diesbezüglich nur beraten und nichts beschlossen werden.

01.) Genehmigung der Niederschriften der 3. ordentlichen Gemeinderatssitzung vom 16.02.2023

KR Edmund Potetz erhebt einen Einwand unter dem Tagesordnungspunkt 4.), wonach er mit Verwunderung feststellte, dass er bei diesem Punkt dafür und dagegen stimmte. Er begehrt die Berichtigung, wonach seine Stimme - dafür aus dem Protokoll gestrichen wird, da er dagegen stimmte.

Bgm. Reinhard Deutsch lässt über diesen Einwand abstimmen.

Der Einwand wird einstimmig angenommen.

KR Edmund Potetz erhebt einen weiteren Einwand unter dem Tagesordnungspunkt 5.), wonach er bei den Stimmen dafür zweimal erwähnt wurde. Er begehrt daher, dass sein Name einmal bei den Stimmen dafür gestrichen wird.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt hierzu, dass seine Stimme sowieso nur einmal zählt.

KR Edmund Potetz merkt an, dass ihm keine weiteren Fehler auffielen.

02.) Kenntnisnahme des Schreibens A2/G.JENNERS-10038-3-2023 betreffend Voranschlag für das Haushaltsjahr 2023

Bgm. Reinhard Deutsch verliest das Schreiben A2/G.JENNERS-10038-3-2023 betreffend Voranschlag für das Haushaltsjahr 2023.

Nach inhaltlicher Erörterung nimmt der Gemeinderat das Schreiben A2/G.JENNERS-10038-3-2023 betreffend Voranschlag für das Haushaltsjahr 2023 zur Kenntnis.

Beilage: Schreiben A2/G.JENNERS-10038-3-2023 betreffend Voranschlag für das Haushaltsjahr 2023

03.) Beratung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss der Stadtgemeinde Jennersdorf für das Haushaltsjahr 2022

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2022 gemäß § 75 Abs. 3 der Bgld. Gemeindeordnung durch zwei Wochen, das ist in der Zeit vom 27.03.2023 bis einschließlich 12.04.2023, im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht aufgelegt wurde.

Die Auflegung war durch Anschlag an der Amtstafel und in sonst ortsüblicher Weise kundgemacht.

Zum Rechnungsabschluss sind keine Erinnerungen eingebracht worden.

KR Edmund Potetz gibt an, dass es sich beim Rechnungsabschluss um ein sehr großes Paket an Unterlagen handelt, und fragt, ob es eine Möglichkeit gibt, eine kleinere Ausfertigung zu erstellen.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt zu KR Edmund Potetz, dass er ihm den Rechnungsabschluss per E-Mail zukommen lassen würde, verfüge KR Edmund Potetz über eine E-Mailadresse.

Petra Meitz merkt an, dass es beim Rechnungsabschluss nicht mehr oder weniger Unterlagen gibt. Es gibt nur einen Rechnungsabschluss.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt zu KR Edmund Potetz, dass keine kleine Fassung existiert. KR Edmund Potetz bringt ein, dass es in früheren Zeiten sehr wohl eine kleinere Fassung gab.

Petra Meitz schildert, dass die Seite 11 wichtig ist, da daraus der Nachweis der liquiden Mittel hervorgeht.

AL Roswitha Feitl gibt an, dass der Lagebericht bedeutsam ist, da darin alles Wichtige enthalten ist. Dabei handelt es sich um die ersten Seiten, worin alles genau angeführt wird. Dies betrifft den Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt. Darin sind die wichtigsten Daten zusammengefasst.

Bgm. Reinhard Deutsch ist davon überzeugt, dass sich jedes Gemeinderatsmitglied den Rechnungsabschluss genau angesehen hat. Es gibt markante Zahlen, welche sich in den letzten Jahren stark veränderten. Allein im Kindergarten kam es im letzten Jahr zu einem Abgang von EUR -472.380,44. Im Jahr 2021 waren es grob EUR -380.000,00. Im Jahr 2020 handelte es sich um grob EUR -340.000,00. Diese Bewegung ist nicht einfach und ist natürlich auch dem Gratiskindergarten geschuldet. Zudem können die hohen Personalkosten nicht mehr mit dem Erhalt von Geldern des Landes gedeckt werden. Beim Freibad kam es zu einem Abgang in der Höhe von EUR -167.541,28. Hier kam es zu einer Veränderung von ca. EUR 25.000,00. Bei der Wasserversorgung kam es zu einem Abgang in der Höhe von EUR -86.652,00. Auch beim Campingplatz kam es zu Abgängen, wobei hier erwähnt werden muss, dass dort auch Investitionen getätigt wurden. Bgm. Reinhard Deutsch bittet den Infrastrukturausschuss, Vergleichswerte von anderen Gemeinden einzuholen und aufzuarbeiten, damit diese bis zum Jahresende in das neue Budget miteingearbeitet werden können.

Bgm. Reinhard Deutsch informiert, dass nach Rücksprache mit der Kindergartenleiterin eine durchgängige Ferienbetreuung angeboten wird. In der letzten Ferienwoche wurde im Kindergarten sowie in der Volks- und Hauptschule keine Ferienbetreuung angeboten. In der Kinderkrippe sind nun jeweils 18 und 19 Kinder angemeldet, was bisher Urlaubszeit war. In der Kindergartengruppe sind jeweils 30 Kinder angemeldet.

Petra Meitz merkt an, dass auch in der Schule ein weiterer Bedarf an Personalressourcen in den Semester-, Oster- und Weihnachtsferien besteht.

Gerda Poglitsch erwähnt die Möglichkeit einer Bedarfserhebung.

Petra Meitz gibt an, dass es sich hier um Auflagen des Landes handelt.

Bgm. Reinhard Deutsch ergänzt, dass es sich um Auflagen des Landes aufgrund einer Bedarfserhebung handelt.

Michael Kristan erkundigt sich, ob die Ferienbetreuung gratis angeboten wird.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass diese kostenpflichtig ist, und berichtet, dass ab vier Anmeldungen eine Betreuung bereitgestellt werden muss. In der Volksschule waren unterschiedlich viele Kinder (4, 5 oder 6) angemeldet. Trotz dieser Anmeldungen waren tatsächlich montags nur 2 Kinder anwesend. Am Mittwoch waren auch nur 3 Kinder vor Ort, weshalb Anrufe getätigt wurden. Bgm. Reinhard Deutsch informiert, dass daher zukünftig die betreffenden Gebühren im Vorhinein vorgeschrieben werden. Anders hat das keinen Sinn. Die Anrufe ergaben, dass sich einige im Urlaub befanden.

Gerda Poglitsch merkt an, dass sie viele Kinder kennt, die in dieser Woche krank waren, jedoch weiß sie nicht, ob diese angemeldet wurden.

Michael Kristan bringt ein, dass wenigstens abgesagt werden könnte.

Petra Meitz sagt, dass der Betrag trotzdem bezahlt werden sollte, sofern ein Kind für diese Betreuung angemeldet wird.

Bgm. Reinhard Deutsch hält fest, dass zukünftig die Gebühr im Vorfeld vorgeschrieben wird.

Nach abgeschlossener Diskussion stellt Bgm. Deutsch den Antrag, den Rechnungsabschluss 2022 mit folgenden Summen zu beschließen:

Den Saldo 0 Nettoergebnis vom Ergebnishaushalt mit € -187.480,56;

den Saldo 5 Geldfluss aus der voranschlagwirksamen Gebarung vom Finanzierungshaushalt mit € 553.344,81;

die Summe der Aktiva und Passiva vom Vermögenshaushalt mit jeweils € 75.308.745,76 = Summe Aktiva und € 75.308.745,76 = Summe Passiva;

Sowie B.III Liquide Mittel vom Vermögenshaushalt mit € 1.829.800,66;

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilage: Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2022

04.) Beratung und Beschlussfassung über die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von EUR 1,7 Millionen für den Umbau des Stadtamtes Jennersdorf

Bgm. Reinhard Deutsch berichtet, dass Darlehensangebote der Bank Burgenland vom 31.03.2023, der Bank Austria vom 03.04.2023, der Erste Bank vom 04.04.2023 und der Raiffeisen Regionalbank Güssing - Jennersdorf vom 11.04.2023 einlangten. Bei erster Durchsicht geht die Bank Austria als Favorit hervor. Bgm. Reinhard Deutsch schlägt einen Fixzinssatz auf 25 Jahre vor. Zweitbestbieter wäre die Erste Bank. Bei allen diesen Angeboten wurden Tageszinssätze angegeben. Daher können diese Zahlen so nicht beschlossen werden. Als Beispiel verliest er aus dem Darlehensangebot des Bestbieters wie folgt: *„Für eventuelle Rückfragen steht Ihnen Elisabeth Eisenberger von der Bank*

Austria zur Verfügung.“ Es kann nicht mündlich ein Tageszinssatz eingefordert und zur Abstimmung gebracht werden. Das funktioniert auch bei der Gemeindeaufsicht nicht.

Petra Meitz merkt an, dass der Unterschied vom Best- zum Zweitbieter bei 0,01 % Fixzinssatz auf diese Laufzeit liegt. Das Problem ist diese tagesabhängige Berechnung. Wenn einer am 31.03. berechnet, hat er wahrscheinlich einen geringeren Zinssatz als am 04.04. Hier wurden bereits Diskussionen über die Herangehensweise geführt.

Bgm. Reinhard Deutsch schlägt vor, dass ihm der Gemeinderat ein Pouvoir gibt, wonach die zwei Bestbieter, welche die Fixzinssätze anboten, angeschrieben werden dürfen, wobei eine Zeitvariante bis nächste Woche vorgegeben werden soll. Es geht um den aktuellen Tageszinssatz und was für nächste Woche garantiert werden kann. Die Bestbieter müssen daher morgen angeschrieben werden. Es geht um einen Stichtag, am Donnerstag oder Freitag nächste Woche. Bgm. Reinhard Deutsch bittet den Gemeinderat, das Pouvoir für die Auftragsvergabe zu erhalten. Zinsmäßig hat sich hier etwas getan, weshalb die Gemeinde diese Zinsen nicht mehr erhalten wird.

Bgm. Reinhard Deutsch, Petra Meitz und Gerda Poglitsch merken an, dass sich die Lage verschlimmert, sollte bis zur nächsten Gemeinderatssitzung abgewartet werden.

Mag. Hannes Würkner erwähnt die Möglichkeit, vorzeitig aus einem Kredit auszusteigen, was die Gemeinde schon mehrmals tat.

Bgm. Reinhard Deutsch und Petra Meitz sagen dazu, dass ein vorzeitiger Ausstieg hier nicht möglich ist.

Bgm. Reinhard Deutsch erläutert, dass alle Negativzinsen aufgerollt wurden. Die Möglichkeit eines Ausstieges und eines Zurückbezahlens im Vorfeld besteht nach den enthaltenen Klauseln nicht.

Petra Meitz stellt die nächste Frage, ob der Fixzinssatz auf die Laufzeit von 25 Jahren belassen oder vielleicht nur auf 10 Jahre vereinbart und dann nachverhandelt wird.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt hierzu, dass die Gemeinde das schon einmal vorhatte, dies jedoch von der Gemeindeaufsicht nicht genehmigt wurde.

Petra Meitz stellt fest, dass in diesem Fall ein fixer Zins für die gesamte Laufzeit ausgewählt werden muss.

Bgm. Reinhard Deutsch schildert, dass er bei der Wifög vorschlug, nach 10 oder 15 Jahren neu zu verhandeln. Die Gemeindeaufsicht verneinte dies mit der Begründung, dass die Bewegung genau kalkulierbar sein muss.

Mag. Milan Nemling fragt, ob eine vorzeitige Tilgung möglich ist.

Bgm. Reinhard Deutsch und Petra Meitz verneinen diese Frage.

Vbgm. Josef Feitl merkt an, dass darüber nicht nachgedacht werden muss, zumal das Geld nicht vorhanden ist.

Mag. Milan Nemling sagt, dass diese Möglichkeit bei seinem Kredit besteht, weshalb er diese Frage stellte.

Petra Meitz informiert, dass im Angebot der Bank Austria ganz klar steht, dass der Darlehensnehmer nicht berechtigt ist, das Darlehen ganz oder zum Teil aufzukündigen, auch nicht wegen Fördermitteln etc.

Bgm. Reinhard Deutsch verliest aus dem Darlehensanbot der Bank Austria wie folgt: *„Wir weisen darauf hin, dass wir Zinssätze aufgrund der aktuellen Marktsituation nur indikativ nennen können. Wir können Ihnen gerne telefonisch den jeweils aktuellen Zinssatz bekanntgeben.“* Theoretisch könnte man daher nun telefonisch den aktuellen Zinssatz abfragen und darüber abstimmen. Es handelt sich bei allen Angeboten um Tageszinssätze.

Petra Meitz bringt ein, dass der Euribor jeden Tag schwankt. Heute liegt er z.B. bei 3,43, am 31.03. lag er bei 3,34.

Mag. Milan Nemling gibt an, dass jenes Angebot angenommen werden sollte, welches an dem bestimmten Tag den besten Zinssatz aufweist.

Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße) schlägt den Donnerstag nächster Woche, daher den 20. April vor. Der Bestbieter soll dann den Zuschlag auf 25 Jahre erhalten.

Bgm. Reinhard Deutsch informiert, dass lediglich die Bank Austria und die Erste Bank mit einem Fixzinssatz auf 25 Jahre anboten.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, dass bei den zwei derzeit aufliegenden Bestbietern mit Stichtag 20.04.2023 bei Zutreffen des tagesaktuellen Zinssatzes derjenige den Zuschlag erhält, der die besten Konditionen aufweist, wobei ein Fixzinssatz auf 25 Jahre angenommen werden muss.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilagen: Darlehensangebot der Bank Burgenland vom 31.03.2023, Darlehensangebot der Bank Austria vom 03.04.2023, Darlehensangebot der Erste Bank vom 04.04.2023, Darlehensangebot der Raiffeisen Regionalbank Güssing - Jennersdorf vom 11.04.2023;

05.) Beratung über das Festlegen von Preisen pro Quadratmeter für Vereinbarungen betreffend Baulandmobilisierung in den Ortsteilen – Jennersdorf, Grieselstein, Henndorf, Rax-Dorf und Rax-Bergen.

Bgm. Reinhard Deutsch informiert, dass auch in der Öffentlichkeit bekannt werden sollte, dass sich der Gemeinderat mit diesem Thema beschäftigt. Die Stadtgemeinde verfügt über Möglichkeiten, mit Grundstückseigentümern Vereinbarungen zu treffen. Hierbei handelt es sich um Optionsverträge. Über bestehende gewidmete Grundstücke kann mit der Gemeinde ein Grundstückspreis vereinbart werden. Sollte das Grundstück, welches mit einem Zeitfenster behaftet ist, nicht bebaut werden, kann die Gemeinde dieses Grundstück zu ihren vorgegebenen schriftlich vereinbarten Preisen weitervermitteln. Es gibt auch Grundstücke, die nicht durch ein Zeitfenster behaftet sind. Der Vorteil für die Grundstückseigentümer besteht darin, dass bei Abschluss eines Optionsvertrages keine Baulandabgabe zu entrichten ist. In den nächsten 4 - 5 Wochen werden alle Fraktionssprecher eingeladen, zumal vereinzelt Anfragen im Stadtamt einlangen. Über jedes Grundstück, über welches ein Optionsvertrag abgeschlossen werden sollte, muss der Gemeinderat einen Beschluss fassen. Es wird daher gemeinsam vorgegangen und nachgesehen, welche Grundstücke für die Gemeinde sinnvoll sind. In erster Linie handelt es sich um Grundstücke, welche bereits aufgeschlossen sind. Dort finden sich direkte Kanal- und Wasseranschlüsse. Es gibt hier Anfragen, wobei in absehbarer Zeit Antworten benötigt werden. Die Aufteilung in Ortsteile soll erfolgen, weil die Grundstücke in den jeweiligen Ortsteilen verschiedene Werte aufweisen. In der Martinigasse werden die höchsten Preise begehrt. Mittlerweile sind auch die schönen, aussichtsreichen Lagen zunehmend gefragt und es verschiebt sich vieles nach draußen. Wichtig ist, dass der Gemeinderat hier tätig werden muss.

Dr. Josef Hochwarter erkundigt sich, wie lange eine solche Option gültig ist.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass momentan von Seiten des Landes eine Frist von drei Jahren vorgesehen wurde. Bereits im letzten Flächenwidmungsverfahren wurden Optionsverträge mit einer Frist von 5 Jahren mit der Gemeinde abgeschlossen. Andernfalls wäre keine Widmung von Seiten des Landes vorgenommen worden. Das bedeutet, dass für neue Widmungen Optionsverträge mit der Gemeinde abgeschlossen werden müssen. Heute wird auch noch ein Antrag der Fraktion ÖVP in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt. Ganz alte Widmungen sind davon ausgenommen. Es bestand daher auch kein Zwang, tätig zu werden.

Gerda Poglitsch fragt, ob die Mitglieder des Gemeinderates diesbezüglich noch Unterlagen erhalten.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass das nicht der Fall sein wird, da dieses Thema gemeinsam erarbeitet werden soll. Die Ortsteile sollen angesehen werden.

Gerda Poglitsch merkt an, dass sie die Option meinte.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt hierzu, dass Optionsvereinbarungen bereits im Stadtamt aufliegen. Es geht heute darum, dass sich die Gemeinderatsmitglieder darüber Gedanken machen. Es soll ein Übereinkommen erarbeitet werden, damit den Leuten

über fixe Preise Auskünfte erteilt werden können. Hier gibt es keinen Spielraum, egal ob sich das Grundstück beispielsweise in Rax-Bergen in der Nähe des Sportplatzes befindet. Das Übereinkommen soll dann im ganzen Gebiet von Rax-Bergen gelten.

Gerda Poglitsch erkundigt sich, ob ein Optionsvertragsentwurf im Stadtamt aufliegt.

Bgm. Reinhard Deutsch gibt hierzu an, dass diese bereits bei der letzten Auflage vorhanden waren.

Gerda Poglitsch fragt, ob sich die Mitglieder des Gemeinderates einen Entwurf ansehen dürfen.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass Mag. Sandra Rinder ein Muster ausschicken wird.

Gerda Poglitsch bedankt sich.

Josef Glantschnig stellt die Frage, ob es bereits Orientierungszahlen zu den Ortsteilen Rax, Henndorf usw. gibt.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass diese existieren, und erwähnt, dass er häufig aufgrund von Anfragen Grundstücke schätzen muss. Er orientiert sich immer an jenem Grund, der unmittelbar daneben verkauft wurde. Das soll ein Anreiz für die Gemeinde sein. Die Gemeinde soll nicht den Marktpreis zahlen, darum geht es nicht. Es geht darum, wie viel ein Grundstück für die Gemeinde wert ist. Sinn der Sache ist es, dass von der Gemeinde Grundstücke vermittelt werden, die für die Bürger/innen leistbar sind, wodurch sich junge Leute ansiedeln können.

Gerda Poglitsch merkt an, dass sie das sehr gut findet, da die meisten Leute utopische Preise verlangen.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt, dass sie auch das Recht dazu haben. Es ist jedem selbst überlassen, was er aus seinem Grundstück macht. Wenn es auf dem Markt möglich ist, gibt es keinen Grund, das nicht tun. Derzeit kommt es zu Anfragen, wonach sich Leute die Baulandabgabe ersparen wollen. In diesem Fall muss den Eigentümern auch die Vermittlung durch die Gemeinde etwas wert sein. Viele junge Leute fragen wegen Baugründen in der Gemeinde an. Man könnte ihnen dann welche zu den von der Gemeinde festgelegten Preisen vermitteln. In den Jahren 2021 und 2022 wurden sehr viele Grundstücke verkauft, wobei vereinzelt Preise explodierten. Die Nachfrage ging jedoch zurück.

Gerda Poglitsch merkt an, dass sie das glaubt, zumal sich das keiner mehr leisten kann.

KR Edmund Potetz stellt die grundsätzliche Frage, was geschieht, wenn ein Besitzer nicht verkaufen möchte.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass sofern der Besitzer mit der Stadtgemeinde einen Optionsvertrag abschließt, die Gemeinde das Grundstück verkauft.

KR Edmund Potetz hält fest, dass die Gemeinde nichts machen kann, wenn der Besitzer den Vertrag nicht unterzeichnet.

Bgm. Reinhard Deutsch merkt an, dass sich das erledigt hat, sofern der Grundstückseigentümer die Gemeinde nicht benötigt.

Anneliese Fürstner schildert, dass es dasselbe ist, als würde man einen Makler beauftragen. In diesem Fall wird die Gemeinde tätig.

Bgm. Reinhard Deutsch erwähnt, dass die Gemeinde lediglich als Vermittler agiert, um den Erwerb von Bauland für die Bürger/innen günstiger zu ermöglichen. Die Gemeinde hat davon nichts. Es soll nun nicht der Anschein erweckt werden, dass die Gemeinde damit ein Geschäft macht. Wenn sich jemand die Baulandabgabe ersparen und sein Grundstück verkaufen möchte, kann die Gemeinde als Vermittler zu ihren Konditionen einschreiten.

Gerda Poglitsch fragt, ob die Gemeinde noch über Bauplätze verfügt.

Bgm. Reinhard Deutsch verneint diese Frage und informiert, dass die letzten Bauplätze in der Sonnensiedlung in Grieselstein verkauft wurden.

Josef Glantschnig erkundigt sich, ob Fristen gelten, wonach man in drei oder fünf Jahren bauen muss.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt hierzu, dass diese Fristen existieren. Es gibt Fristen, die mit Ende des Jahres 2023 auslaufen, wobei die betroffenen Personen bereits angeschrieben wurden. Es handelt sich hierbei um 9 Grundstückseigentümer. Im nächsten Jahr sind es 80. Es geht hier um Widmungen von vor 10 Jahren. Damals wurde ein Bedarf angekündigt, in diesen Jahren aber nichts gebaut.

Josef Glantschnig merkt an, dass das spekulativ ist.

06.) Beratung und Beschlussfassung über eine Petition an den Burgenländischen Landtag

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass die Petition von der Fraktion ÖVP eingebracht wurde und bittet den Fraktionssprecherstellvertreter, StR Johannes Simon, um seine diesbezüglichen Ausführungen.

StR Johannes Simon bittet KR Edmund Potetz, die Petition vorzulesen.

Anschließend verliest KR Edmund Potetz die Petition. Danach gibt KR Edmund Potetz seine persönliche Meinung dazu kund, wonach er nicht versteht, dass beispielsweise die OSG und die Kirche keine Abgabe bezahlen müssen. Der kleine Grundbesitzer soll jedoch zahlen. Damit das durchgebracht wird, erhält die Gemeinde auch noch einen Teil der Steuer. Es ist wirklich sehr schwierig. Wer weiß, ob das überhaupt auf Bundesebene durchgeht und durchgezogen werden kann.

Mag. Milan Nemling gibt an, dass sich alle vorstellen können, dass er als Angehöriger jener Partei, die das zu verantworten hat, eine Stellungnahme abgeben muss, welche auch absolut seiner persönlichen Meinung und der Meinung seiner heute anwesenden Kollegen entspricht. Er fragt die Mitglieder der Fraktion ÖVP, ob ihnen die ganzen Ausnahmen bekannt sind. KR Edmund Potetz sprach soeben vom kleinen Mann, welchen das treffen soll. Er fragt, ob der kleine Mann mehr als ein Baugrundstück besitzt, welches dieser vielleicht für seine Kinder oder Enkelkinder vorgesehen hat. In den meisten Fällen ist das nicht der Fall. Mag. Milan Nemling fragt weiter, ob der kleine Mann Besitzer eines Baugrundstückes ist, welches in den ersten 5 Jahren ab erstmaliger Baulandwidmung nicht bebaut wird, weil es ihm egal ist und es liegen lässt. Das hat der kleine Mann alles nicht. Den kleinen Mann trifft diese Abgabe tatsächlich nicht. Es geht bei dieser ganzen Geschichte um den kleinen Mann. Die gesamten Ausnahmen können auf einer Website des Landes Burgenland nachgelesen werden. Anschließend könnte über diese Petition nachgedacht werden. Es geht einzig und allein um einen Anreiz, vorhandenes Bauland zu veräußern oder rückwidmen zu lassen, und darum, dass unsere Baugründe viel zu teuer sind, wodurch sich junge Leute das Hausbauen nicht mehr leisten können. Im Burgenland gibt es 40 % unbebautes Bauland, wobei der Bezirk Jennersdorf nach dem Bezirk Güssing am zweitstärksten betroffen ist. In jenem Bundesland, wo am meisten Bauland unbebaut ist, liegt Jennersdorf an zweiter Stelle. Um den kleinen Mann geht es hier tatsächlich nicht. Es geht einzig und allein um die Verhinderung von Baulandhortungen. Was man hier auch noch in eine Entscheidung miteinfließen lassen könnte, ist, dass es hier um keine Bestrafung der Großgrundbesitzer geht. Es geht darum, dass Großgrundbesitzer Bauland verfügbar machen. In Oberösterreich, in Salzburg und der Steiermark gibt es schon längst ähnliche Abgaben, wobei es sich um keine Länder handelt, wo die sozialistische Weltrevolution ausgebrochen ist. In der Steiermark gibt es sogar ein Gesetz, welches vorsieht, dass für leerstehende Wohnungen Abgaben entrichtet werden müssen. Mag. Milan Nemling versteht daher nicht, warum KR Edmund Potetz von der Fraktion ÖVP hier als Advokat des kleinen Mannes auftreten möchte. Die Mitglieder der Fraktion SPÖ sehen diese Petition als nicht unbedingt notwendig.

Petra Meitz stimmt den Ausführungen von Mag. Milan Nemling absolut zu und merkt an, dass sie nicht möchte, dass auf dieser Petition „Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Jennersdorf“ darauf steht, denn sie wird diese Petition nicht unterschreiben, weshalb die Formulierung falsch ist. Sie bittet die Mitglieder der Fraktion ÖVP, diese Petition als Fraktion einzubringen. Da sie diese Petition nicht unterstützt, begehrt sie die Änderung der Formulierung.

Gerda Poglitsch gibt an, dass Großgrundbesitzer natürlich über genügend Grund verfügen, jedoch handelt es sich dabei nicht um viele Baulandwidmungen. Der kleine Bauer, der seinen Grund an seine Kinder und Enkelkinder weitergeben möchte, verfügt sehr wohl über Bauland.

Mag. Milan Nemling informiert über die gesetzlich geregelte Ausnahme von Kindern und Enkelkindern bis zum Alter von 45 Jahren. Er fragt, welches Enkelkind 45 Jahre alt wird, bis es zum Bauen beginnt. Es steht daher viel Zeit zur Verfügung. Hinsichtlich der Ausnahmen besteht viel Kulanz.

Gerda Poglitsch führt aus, dass sie der Meinung ist, dass Großgrundbesitzer weniger Bauland besitzen.

Petra Meitz merkt an, dass das in Jennersdorf bestimmt nicht der Fall ist.

Gerda Poglitsch sagt, dass ihr klar ist, dass von Großgrundbesitzern viel gekauft und bebaut wird. Der kleine Mann verfügt natürlich über Bauplätze für seine Kinder. Er hat dafür fleißig gearbeitet und möchte die Grundstücke weitergeben.

Mag. Milan Nemling erwähnt, dass die Folge des Ganzen dauernde neue Widmungen sind, weil sich junge Menschen ein Grundstück zum Bauen kaufen müssen. Widmungen kosten die Gemeinde genauso Geld, da diese Kosten von der Gemeinde getragen werden.

Vbgm. Josef Feitl ist der Meinung, dass es weder um den kleinen noch um den großen Mann, sondern darum geht, dass damals, als die Fraktion JES kandidierte, 1,6 Millionen Quadratmeter Bauplätze vorhanden waren. Manche wollen etwas umwidmen, was nicht möglich ist, weil immer darauf hingewiesen wird, dass so viel Bauland vorhanden ist. Vbgm. Josef Feitl ist daher voll für eine Besteuerung. Natürlich hat dann auch die Gemeinde etwas davon. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde 1,6 Millionen Quadratmeter Bauland aufweist und niemand einen Grund veräußern möchte. Die Folge davon ist, dass junge Menschen hier nicht bauen können. Das kann es nicht sein, da braucht über groß und klein nicht nachgedacht zu werden. Er empfiehlt Gerda Poglitsch, die Unterlagen vorab zu lesen, bevor sie etwas dazu sagt.

Mag. Milan Nemling verliest wie folgt: *„Bei einem Grundstück im ortsüblichen Ausmaß, dessen Eigentümerin oder Eigentümer das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und das für eigene Kinder oder Enkelkinder, welche das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet haben vorgesehen ist, ist eine Ausnahme vorgesehen. Ebenso in den ersten 5 Jahren ab erstmaliger Baulandwidmung. In Zeiten von Bausperren in den ersten 3 Jahren ab Erlangung des Eigentums.“*

Petra Meitz merkt an, dass diese Ausnahme für Kinder und Enkelkinder vorgesehen ist. Gerda Poglitsch könnte sich 6 Bauplätze für Kinder und Enkelkinder richten, ohne hierfür etwas bezahlen zu müssen.

StR Alexander Schweizer erkundigt sich betreffend Abgabeberechnung, wer diese erstellte bzw. ob diese vom Landtag erstellt wurde. Wie von KR Edmund Potetz vorhin angegeben, ist der Quadratmeterpreis für 650 m² mit EUR 75,53 hoch bemessen. Er erwähnt 11,62 Cent gegenüber 1.650 m² mit einem Preis von EUR 958,65 ist der Quadratmeterpreis mit 58,10 daher das Fünffache. Die Fläche entspricht aber nicht dem Fünffachen. Er kann daher nicht nachvollziehen, wie das zustande kam. Für die Berechnung gibt es 6 verschiedene Varianten, wobei der Quadratmeterpreis gleich teuer sein wird.

Bgm. Reinhard Deutsch informiert hierzu, dass je größer die Fläche ist, umso höher der Prozentsatz an zu zahlenden Abgaben ausfällt.

Mag. Milan Nemling bestätigt das.

Bgm. Reinhard Deutsch schildert weiter, dass man bei 0,5 % beim kleinen Grundstück beginnt, wobei das bis zu 2,5 % steigt. Bgm. Reinhard Deutsch sagt, dass es ihm ein Anliegen ist zu erwähnen, dass schon in der letzten Periode im Zuge des Durchforstens der gesamten Unterlagen betreffend Widmungen, wo auch KR Edmund Potetz Mitglied des Gemeinderates war, ein Aktenvermerk vom 11.04.2013 auftauchte. Für all jene, die neu im Gemeinderat sind, möchte er nochmals zum Besten geben, dass es damals 113 Widmungsfälle gab. Dieser Aktenvermerk wird als Beilage dieser Niederschrift geführt. Bgm. Reinhard Deutsch erläutert den beiliegenden Aktenvermerk und schildert, dass im Jahr 2017 ein Auflageverfahren anhängig war, welches er gemeinsam mit Vbgm. Josef Feitl, damals noch zweiter Vizebürgermeister, beenden durfte. Damals erging vom Land eine Aufforderung, weil es sich um 160 Hektar und davon mehr als 30 Hektar Bauland-Fremdenverkehrsflächen handelte. Ein Grundstück eines namhaften Grundstückseigentümers wurde herausgenommen, bei welchem ein Hektar als Bauland gewidmet werden hätte sollen. Bgm. Reinhard Deutsch schildert weiter, dass er sich dann ansah, was dort gewidmet wurde. Zu seiner Überraschung, das sollte auch KR Edmund Potetz wissen, handelte es sich um sehr gute Freunde der damaligen politischen Ortsverwaltung. Das wissen alle miteinander und muss nicht schöngeredet werden. Das Ganze kostete EUR 88.751,85, wobei kein einziger Cent an die Nutznießer, für die gewidmet wurde, weiterverrechnet wurde.

Bgm. Reinhard Deutsch und Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße) merken an, dass die Gemeinde auf diesen Kosten sitzen blieb.

KR Edmund Potetz möchte klarstellen, dass er kein diesbezügliches Grundstück besitzt und ihn das daher nicht berührt.

Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße) sagt zu KR Edmund Potetz, dass es darum geht, dass dieser damals mitstimmte.

Bgm. Reinhard Deutsch fragt KR Edmund Potetz, warum auf diesen dreißig gewidmeten Hektar nichts gebaut wurde, obwohl man der Meinung war, die Flächen werden benötigt. KR Edmund Potetz antwortet, dass man ihm diese Frage nicht zu stellen braucht, schließlich weiß er das nicht.

Bgm. Reinhard Deutsch merkt an, dass die Antwort „*Ich weiß es nicht*“ genau das Problem ist. Er kann diese Petition nicht unterstützen. Es wird ein neues Auflageverfahren mit derzeit 55 Anträgen gestartet. In diesem Verfahren werden Baugründe mit maximal 1.500 m² gewidmet, wobei bei Bedarf Erweiterungen möglich sind. Die Gemeinde muss dem Sachverständigen der Landesregierung wirklich einiges abringen, um das im Interesse unserer Bürger/innen, für die jetzt ein Bedarf gegeben ist, durchsetzen zu können und nicht für jene, die darauf sitzen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Bgm. Reinhard Deutsch über die beiliegende Petition an den Burgenländischen Landtag abstimmen.

Stimmen dafür: Johannes Simon, KR Edmund Potetz, Alfred Gratzner, Michael Kristan

Stimmen dagegen: Bgm. Reinhard Deutsch, Vbgm. Josef Feitl, Mag. Milan Nemling, StR Oliver Stangl, BSc MSc, Josef Glantschnig, Petra Meitz, StR Helmut Kropf (Gartengasse), Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße), Dr. Josef Hochwarter, Silvia Deutsch, Petra Kropf, Dr. Nikolaus Leontaridis, Mag. Hannes Würkner, Siegfried Kahr, Kristina Brückler, StR Alexander Schweizer, StR Gernot Strini

Stimmenenthaltungen: Elias Spitzer, Anneliese Fürstner, Gerda Poglitsch

Beilage: Petition an den Burgenländischen Landtag, eingebracht von der Fraktion ÖVP am 04.04.2023, Aktenvermerk vom 11.04.2013 – ZT Depisch Ingenieurteam

07.) Beratung und Beschlussfassung über das Raumplanungsfachliche Tourismuskonzept (Grundlage für das Örtliche Entwicklungskonzept)

Bgm. Reinhard Deutsch berichtet, dass die Gemeinde vor mehr als zwei Jahren dazu aufgefordert wurde, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Dieser Beschluss wird auch in das nächste Auflageverfahren miteinbezogen. Die Erarbeitung dauerte zwei Jahre, wobei Grundstückseigentümer in die Gemeinde eingeladen wurden. Hier geht es um die Neuordnung, die Kategorisierung und den Bedarf von Bauland-Fremdenverkehr. Es gibt wenige, die der Meinung sind, dass sie etwas nicht benötigten. Rückwidmungen sind aber dabei. Im Konzept ist alles gut beschrieben.

Bgm. Reinhard Deutsch fragt den Fraktionssprecherstellvertreter der Fraktion ÖVP, StR Johannes Simon betreffend neue Mitglieder des Gemeinderates, ob das Konzept innerhalb der Fraktion ÖVP besprochen wurde.

StR Johannes Simon bejaht diese Frage.

StR Oliver Stangl, BSc MSc betont, dass eine geregelte Raumordnung sehr wichtig ist. Das betrifft sowohl das Landschafts- als auch das raumplanerische Tourismuskonzept, weil eine geregelte Raumordnung der Gemeinde langfristig Kosten erspart. Darauf sollten alle hinarbeiten, was auch mit den zwei vorherigen Themen zusammenhängt, wonach man verdichtet, auch im örtlichen Entwicklungskonzept, welches aufbauend auf dem raumplanungsfachlichen Tourismuskonzept erstellt werden muss. Gemeinsam muss man sich damit auseinandersetzen, damit die Zukunft von Jennersdorf gut geplant werden kann. Die Kosten der Gemeinde, wie für die Kanalerhaltung, fallen durch die vorhandenen Streusiedlungen irrsinnig hoch aus. Fast nirgends in ganz Österreich ist das der Fall. Die Streusiedlungen ergaben sich durch falsche Raumordnungen in der Vergangenheit. StR Oliver Stangl, BSc MSc merkt an, dass er dieses Konzept super findet und betonen wollte, wie wichtig eine Raumordnung und ein solcher Prozess für eine Gemeinde sind.

Vbgm. Josef Feitl gibt an, dass sofern man das jetzt nicht gemacht hätte, die Gemeinde Rückhaltebecken anschaffen hätte müssen, welche eine Menge Geld gekostet hätten.

Bgm. Reinhard Deutsch schildert, dass das Konzept aufgearbeitet wurde und ausschließlich Bauland-Fremdenverkehr betrifft. Ergänzend zum vorherigen Beschluss gibt er betreffend Feuerwehr an, dass in den Jahren 2018/2019 eine Risikoanalyse für die Feuerwehr durchgeführt wurde, wobei er nicht weiß, ob bzw. welche Informationen der Feuerwehrkommandant Alfred Gratzler darüber hat. Diese Risikoanalyse besagt ganz klar, womit die einzelnen Feuerwehren ausgestattet sein müssen. Daraus ergab sich erstmals, dass die Feuerwehr Henndorf wegen der Bettenanzahl der Beherbergungsbetriebe ein TLF 2000 benötigt. In diese Risikoanalyse floss auch das gewidmete Bauland mit ein. Das kann der Analyse ganz klar entnommen werden. Es handelt sich daher um eine komplexe Angelegenheit.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, das beiliegende Raumplanungsfachliche Tourismuskonzept (Grundlage für das Örtliche Entwicklungskonzept) vom 13.03.2023 zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilage: Raumplanungsfachliche Tourismuskonzept (Grundlage für das Örtliche Entwicklungskonzept) vom 13.03.2023

08.) Beratung und Beschlussfassung über die Verlängerung eines Optionsvertrages betreffend Grundstück Nr. 1533, KG 31123 Rax –

Hangwasserschutzmaßnahme Jennersdorf Ost – östlich und westlich des Grenzgrabens

Bgm. Reinhard Deutsch schildert, dass dieses Thema schon einmal im Herbst vom Gemeinderat beschlossen wurde. Hier geht es um das Rückhaltebecken in der Waldgasse. Für die Waldgasse wurde mit mehreren Grundstückseigentümern ein Optionsvertrag abgeschlossen. Es geht um die Wiese zwischen dem jetzigen Bau der OSG und Thomas Hannes. Der Optionsvertrag lief nun aus. Die Einreichung erfolgte im Spätherbst des Vorjahres. Termine mussten abgewartet und Unterlagen nachgereicht werden. Dieser Punkt wurde in der Tagung am 31.03. positiv vom Land erledigt. Sobald die Niederschrift dieser Sitzung des Landes erstellt wurde, erhält die Gemeinde den diesbezüglichen Fördervertrag, wobei dieses Projekt bis zu 80 % gefördert wird. Heute geht es darum, dass dieser Optionsvertrag bis Mitte des Jahres mit den Grundstückseigentümern verlängert wird. Wenn der Fördervertrag im Stadtamt einlangt, könnte der diesbezügliche Kaufvertrag einen Tagesordnungspunkt in der nächsten Gemeinderatssitzung darstellen. Wegen der Fördergelder konnte das Grundstück vorher nicht gekauft werden.

Vbgm. Josef Feitl gibt an, dass im ÖVP-Blatt die Frage auftaucht, warum noch nicht mit der Arbeit begonnen wurde. Wenn man im Gemeinderat sitzt, sollte man wissen, dass eine Umsetzung solcher Projekte immer nur dann möglich ist, wenn Förderungen in Anspruch genommen werden können. Wie man nun hörte, gibt es eine 80-prozentige Förderung von EUR 800.000,00. Die Gemeinde kann daher mit dem Projekt nicht beginnen, solange sie keine Zusage vom Land erhält. Das sollte den Mitgliedern der Fraktion ÖVP bewusstwerden, bevor sie immer irgendeinen Blödsinn schreiben. Immer wieder kommt es zu Sticheleien, ohne Wissen, was geschrieben wird.

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass die Frist dieses Optionsvertrages bis 30.06.2023 läuft.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, den beiliegenden Optionsvertrag betreffend Grundstück Nr. 1533, KG 31123 Rax – Hangwasserschutzmaßnahme Jennersdorf Ost – östlich und westlich des Grenzgrabens zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vbgm. Josef Feitl schildert, dass damals, als die Bürgerliste JES eine Sitzung einberief, außer den Mitgliedern der Bürgerliste JES niemand anwesend war. Seinerzeit war die Fraktion ÖVP mit 10 und die Fraktion FPÖ mit 5 Mandaten besetzt. Heute wird geschrieben, wann das endlich gemacht wird. Wäre die Bürgerliste JES das nicht angegangen, wäre bis heute noch nichts geschehen.

Beilage: Optionsvertragsentwurf

09.) Beratung und Beschlussfassung über eine Vereinbarung mit dem Verein Pulverturm betreffend Stadtmuseum Jennersdorf

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass der diesbezügliche Vertragsentwurf ausgesendet wurde. Der Vertrag ist notwendig, um dem Verein die Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln zu ermöglichen. Es wurde bei der Kulturstelle des Landes ein Projekt eingereicht. Auch hier versucht der Verein, Förderungen zu erhalten.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, die beiliegende Vereinbarung mit dem Verein Pulverturm betreffend Stadtmuseum Jennersdorf zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilage: Vertragsentwurf

10.) Beratung und Beschlussfassung über einen Pachtvertrag betreffend Freibadrestaurant Jennersdorf

Bgm. Reinhard Deutsch berichtet, dass das Grundkonstrukt dasselbe wie mit dem Vorpächter ist, wobei der Pachtzins auf EUR 5.000,00 netto angehoben wurde. Er bittet Mag. Sandra Rinder, die eingelangten Änderungen zu erläutern.

Mag. Sandra Rinder informiert, dass der Vertragsentwurf, welcher an die Gemeinderäte übermittelt wurde, dem Pächter zugeht. Heute langte eine E-Mail des Pächters betreffend Vertragsänderungen ein. Nach dem ursprünglichen Vertragsentwurf ist Dominik Kasper Vertragspartner. Dies soll nun dahingehend geändert werden, dass die DOKA Vogelsangasse GmbH Vertragspartnerin ist, wobei Dominik Kasper als Geschäftsführer dieser Gesellschaft agiert und sie daher vertritt. Im Punkt 2. des Vertrages wurde der Pächter dazu verpflichtet, sämtliche notwendigen Bewilligungen selbst einzuholen. Hier wurde eine Ergänzung betreffend Betriebsanlagengenehmigung vorgenommen. Diese liegt im Stadtamt auf. Dominik Kasper beehrte die Aufnahme in den Vertrag, wonach die Betriebsanlagengenehmigung bereits im Stadtamt vorhanden ist und ihm eine Kopie ausgehändigt wird. Des Weiteren soll im Vertrag die gewerberechtliche Genehmigung erwähnt werden, zu deren Nachweis er verpflichtet ist. Der Pachtbeginn soll mit 01.05.2023 erfolgen. Im Pachtvertrag ist die Möglichkeit der jederzeitigen einvernehmlichen Auflösung enthalten, sowie eine Kündigungsmöglichkeit für die Stadtgemeinde Jennersdorf aus wichtigem Grund. Der Vertrag ist mit 5 Jahren befristet. Der Pächter beehrte die Aufnahme einer Kündigungsmöglichkeit seinerseits innerhalb der Fünfjahresfrist, für den Fall, dass er den Betrieb nicht mehr weiterführen kann, etwa durch unvorhergesehene Ereignisse. Dominik Kasper regte zunächst einen Pachtzins in der Höhe von EUR 3.000,00 an. Diesbezüglich wurde mit ihm ein Gespräch geführt, wobei man sich auf EUR 5.000,00 netto einigte.

Bgm. Reinhard Deutsch ergänzt, dass coronabedingt im alten Entwurf EUR 3.000,00 enthalten waren.

Bgm. Reinhard Deutsch informiert, dass in den letzten zwei Jahren im Schnitt 32.000 Besucher im Freibad über einen Zeitraum von 2,5 Monaten zu verzeichnen sind. Zusätzlich kam es beim Campingplatz zu über 9.000 Nächtigungen.

StR Alexander Schweizer (Campingwart) korrigiert, dass es sich um 9.160 Nächtigungen handelte.

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass sofern das jemand vernünftig machen möchte, er die Möglichkeit dazu hat. Ihm tut der zweimalige Wechsel in den letzten beiden Jahren leid. Er berichtet, dass er im Zuge des heutigen Gespräches mit dem Pächter eine Kautionsanspruch. Es stellt sich nun die Frage nach der Kautionshöhe. Auch wenn es sich nur um EUR 2.000,00 oder EUR 3.000,00 handelt, wäre eine Festlegung nicht schlecht.

Petra Meitz merkt an, dass allein schon EUR 1.000,00 ausreichend wären.

Bgm. Reinhard Deutsch schildert, dass die letzten Pächter von Seiten der Gemeinde großzügig unterstützt wurden. Es kam zu mehreren Umbauten und Unterstützungen, wo es nur möglich war.

Gerda Poglitsch fragt, ob dieselben Möbel im Restaurant bleiben.

Bgm. Reinhard Deutsch und Mag. Sandra Rinder erwähnen die diesbezügliche Inventarliste. Bgm. Reinhard Deutsch berichtet, dass er dem ehemaligen Pächter, Matthias Mirth, versprach, heute darüber zu informieren, dass er die Schirme, welche

seinerzeit von ihm abgelöst wurden, der Gemeinde überließ. Das möchte Bgm. Reinhard Deutsch unbedingt anmerken.

Gerda Poglitsch fragt Mag. Sandra Rinder, wie die Gesellschaft heißt.

Mag. Sandra Rinder antwortet, dass diese DOKA Vogelsanggasse GmbH heißt und merkt an, dass sie den Pachtvertrag gerne samt Änderungen aussendet. Gerne übermittelt sie auch den diesbezüglichen Unternehmensregisterauszug.

Silvia Deutsch erkundigt sich bei den Mitgliedern der Fraktion ÖVP, wie das ohne vorherige Beschlussfassung eigentlich bereits in der Zeitung stehen konnte.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt hierzu, dass er sie in dieser Sache vorherigen Donnerstag ermahnte. Ursprünglich war Stillschweigen vereinbart. Solange der Gemeinderat keinen Beschluss fasst, sollte nichts veröffentlicht werden. Die Fraktionssprecherin der Fraktion ÖVP hat sich diesbezüglich entschuldigt. Sie hat daran nicht gedacht. Hoffentlich kommt das nicht mehr vor. Insgesamt gab es drei Bewerber/innen, wobei die dritte Bewerberin ihr Interesse mündlich kundgab, jedoch zu spät. Der Fairness halber sollte keine Veröffentlichung erfolgen.

Bgm. Reinhard Deutsch erkundigt sich, ob man sich auf eine Kautionshöhe von EUR 2.000,00 einigen kann.

Michael Kristan ist dafür und fragt, ob bereits eine Abklärung mit dem Pächter erfolgte.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass er den Pächter heute mündlich darauf hinwies.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, den beiliegenden Pachtvertrag samt den von Mag. Sandra Rinder soeben erläuterten Änderungen und einer Kautionshöhe von EUR 2.000,00 zur Sicherstellung für die vertragsgemäße Entrichtung des Pachtzinses sowie für die ordnungsgemäße Rückstellung des Pachtgegenstandes und Einhaltung aller Bestimmungen dieses Vertrages mit der DOKA Vogelsanggasse GmbH betreffend Freibadrestaurant Jennersdorf zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilage: Pachtvertragsentwurf

11.) Beratung und Beschlussfassung über ein Prekarium betreffend rund 10 PKW-Abstellplätze auf der Liegenschaft EZ 20, KG 31111 Jennersdorf – Raxer Straße 2

Bgm. Reinhard Deutsch informiert, dass es um den Realparkplatz geht und er Ende Februar/Anfang März ein Gespräch mit Christopher Kastner führte. Für das Gesundheitszentrum sollen dort 10 Parkplätze markiert werden. Zudem sollen Tafeln mit der Aufschrift „*ausschließlich für medizinische Versorgung im Gesundheitszentrum*“ angebracht werden. Im Gegenzug werden der dortige Winterdienst am Gehsteig durch die Gemeinde verrichtet und die dort befindlichen Mistkübel durch die Gemeinde in Ordnung gehalten.

Gerda Poglitsch merkt an, dass dies die Gemeinde günstig kommt.

Michael Kristan erkundigt sich, ob der Winterdienst am kompletten Parkplatz verrichtet wird.

Bgm. Reinhard Deutsch bejaht diese Frage und erwähnt den gesamten Parkplatz und den Gehsteig. Er schildert, dass er sich auf den Winterdienst einließ, weil das Schneevorkommen sehr gering ist.

Michael Kristan merkt an, dass auch die Mistkübel schnell entleert werden können.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, das Prekarium gemäß der beiliegenden Vereinbarung betreffend rund 10 PKW-Abstellplätze auf der Liegenschaft EZ 20, KG 31111 Jennersdorf – Raxer Straße 2 zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilage: Prekarium – Vertragsentwurf

12.) Beratung und Beschlussfassung über eine Verordnung betreffend Widmung von öffentlichem Gut – Trennstück 1 des Grundstückes Nr. 247/1 in der KG 31110 Henndorf gemäß der Vermessungsurkunde von DI Andreas Schmaldienst vom 13.02.2023

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass es um das Grundstück beim Feuerwehrhaus in Henndorf im Ausmaß von 804 m² geht.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, die Verordnung wie folgt zu beschließen:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Jennersdorf vom 13.04.2023, mit welcher das Trennstück Nr. 1 (831 m²) in das Öffentliche Gut der Stadtgemeinde Jennersdorf übernommen und abgetreten wird.

§ 1

Unter Zugrundelegung der Vermessungsurkunde von Dipl.-Ing. Andreas Schmaldienst, Technologiepark 10, Jennersdorf, vom 13.02.2023 Geschäftszahl 1192/22, wird dem im Plan dargestellten Grundstück Nr. 247/1, KG 31110 Henndorf, das Teilstück Nr. 1 im Ausmaß von 831 m² dem Privatgebrauch entzogen und dem Öffentlichen Gut, Grundstück Nr.246, KG 31110 Henndorf, gewidmet.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Die Verordnung wird einstimmig angenommen.

Beilage: Vermessungsurkunde von Dipl.-Ing. Andreas Schmaldienst, Technologiepark 10, Jennersdorf, vom 13.02.2023 Geschäftszahl 1192/22

13.) Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe betreffend Fenstertausch – Stadtamt Jennersdorf

Bgm. Reinhard Deutsch bittet Vbgm. Josef Feitl um seine Ausführungen.

Vbgm. Josef Feitl berichtet, dass die Ausschreibung an alle Tischler in der Stadtgemeinde und an alle umliegenden Tischler erging, wobei nur die Firma Katzbeck ein Angebot legte. Dass es sich um gute Fenster handelt, ist bekannt. Es sind Holzalufenster, welche mit einem Sonnenschutz ausgestattet werden. Die dort befindlichen Fenster sollen durch diese auf derselben Fläche ausgetauscht werden. Daher sind keine Umbauarbeiten notwendig. Die Fenster werden von Mitarbeitern der Firma Katzbeck entfernt und neue

eingesetzt. Er berichtet weiter, dass ihn der Preis überraschte, da er mit einem höheren Betrag rechnete, zumal die Kostenschätzung um EUR 20.000,00 höher war.

Bgm. Reinhard Deutsch merkt an, das alles noch teuer genug ist.

Vbgm. Josef Feitl schildert, dass man realistisch bleiben muss, da hinten auch noch einige Türen hinzukommen.

Gerda Poglitsch fragt, ob nun lediglich Fenster vom Angebot umfasst sind.

Bgm. Reinhard Deutsch bejaht diese Frage und informiert, dass auch die Beschattung inkludiert wurde.

Vbgm. Josef Feitl ergänzt, dass auch die Türen bzw. die gesamte Außenanlage davon umfasst ist.

Gerda Poglitsch spricht die Außentüren an.

Vbgm. Josef Feitl informiert, dass beim Standesamt 3 - 4 Terrassentüren angebracht werden. Es wissen alle, dass diese Türen nicht billig sind, aber es passt dort nichts anderes. Bei den Balkonen sind auch Terrassentüren vorgesehen. Auch die Balkone bleiben so bestehen, wie sie sind. Dieses Thema soll bei der Besprechung zur Fassade mitbehandelt werden. Unter Allfälliges wird Vbgm. Josef Feitl mögliche Einsparungen erwähnen.

Gerda Poglitsch erkundigt sich über die Farbe.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt hierzu, dass darüber heute nicht diskutiert werden soll. Dies hat nämlich auf den Preis und die Vergabe keinen Einfluss.

Gerda Poglitsch merkt an, dass Frauen Farben sehr genau nehmen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, die Vergabe des Auftrages betreffend Fenstertausch im Stadtamt Jennersdorf, Hauptplatz 5a, 8380 Jennersdorf gemäß dem Vergabevorschlag vom 17.03.2023 an die Firma Katzbeck zum Preis von EUR 170.611,98 inkl. NL und Mwst. zu beschließen.

Gerda Poglitsch fragt, ob ausschließlich die Firma Katzbeck ein Angebot legte.

Bgm. Reinhard Deutsch bejaht diese Frage. Wie schon von Vbgm. Josef Feitl erwähnt, wurden einige Unternehmen angeschrieben, jedoch gab nur diese Firma ein Angebot ab. Anschließend lässt er über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilagen: Vergabevorschlag vom 17.03.2023 betreffend Fenstertausch – Stadtamt Jennersdorf von DI Ernst Halb, Begleitschreiben vom 14.02.2023 der Firma Katzbeck, Elementübersicht vom 13.02.2023, Ausschreibung – Leistungsverzeichnis vom 24.01.2023

14.) Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe betreffend Schlosserarbeiten – Stadtamt Jennersdorf

Bgm. Reinhard Deutsch bittet Vbgm. Josef Feitl um seine Ausführungen.

Vbgm. Josef Feitl gibt an, dass er etwas geschockt war, als er den ersten Preis sah, wobei dort eine Überdachung beim Standesamt mit 4 m inkludiert wurde. Er war dann der Meinung, dass dort eine Überdachung mit 4 m nicht notwendig ist. Sollte es regnen, besteht ein überdachter Durchgang. Zudem ist das Standesamt so groß wie noch nie, weshalb dort viele Leute Platz finden. Die Überdachung soll daher nur so weit vorgezogen werden wie der Lift geht, was 2 m oder 2,10 m betrifft. Genauso weit geht die Überdachung beim Standesamt vor, wodurch es auch bei den Türen zu einem besseren Lichteinfall kommt. Bei 4 m müsste man für einen Lichteinfall oben noch ein Glasfeld zu den Türen hin einbauen. Das würde wieder mehr Geld kosten. Deshalb soll die Überdachung bis hin zum Lift gehen. Der barrierefreie Zugang zum Lift muss überdacht sein. Das ist nicht anders möglich, schließlich kann man die Leute etwa mit Gehhilfen oder Rollstühlen nicht in den Regen schicken. Dadurch konnten auch die Kosten

minimiert werden. Weil man auf die Freigabe des DI Ernst Halb warten musste, erhielten die Mitglieder des Gemeinderates den neuen Kostenvoranschlag gestern. Eine Freigabe durch einen Architekten ist erforderlich und eine vorherige Abstimmung nicht möglich. Dieser bestätigt dadurch die Richtigkeit des Angebotes. Wegen dieser Zahlen kann heute abgestimmt werden.

Michael Kristan fragt, ob hier nur ein Angebot einlangte.

Bgm. Reinhard Deutsch antwortet, dass zwei Angebote einlangten. Die Firma Lang bot alles an, die Firma Janosch jedoch nur Teile. Den Löwenanteil der Kosten macht die Stahlkonstruktion für die Liftanlage und der Übergang aus. Das hat die Firma Janosch nicht angeboten. Jedenfalls ist die Firma Lang Bestbieter.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, die Vergabe des Auftrages betreffend Schlosserarbeiten im Stadtamt Jennersdorf, Hauptplatz 5a, 8380 Jennersdorf gemäß dem Vergabevorschlag vom 17.03.2023 an die Firma Lang zum Preis von EUR 183.586,08 inkl. MwSt. zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilage: Vergabevorschlag vom 17.03.2023 von DI Ernst Halb

15.) Beratung und Beschlussfassung über einen Finanzierungsbeitrag in der Höhe von EUR 100.000,00, die Teilnahme am KAT-Konzept als Stationierungsgemeinde bzw. Stationierungs-Feuerwehr sowie eine Übernahmevereinbarung betreffend die Bestellung von Wechselladefahrzeugen mit Kran für die Feuerwehr Jennersdorf

Bgm. Reinhard Deutsch informiert, dass sich die Landesregierung ein Ziel setzte, wonach das gesamte Burgenland mit Wechselladern ausgestattet werden soll. Insgesamt soll in 15 solche Fahrzeuge investiert werden, wobei auch Jennersdorf einen Stützpunkt darstellt. Das Gerät kostet zwischen EUR 600.000,00 und EUR 700.000,00. Der Finanzierungsbeitrag der Gemeinde beträgt EUR 100.000,00. Bgm. Reinhard Deutsch bittet den Feuerwehrkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Jennersdorf, Alfred Gratzer um ergänzende Ausführungen.

Alfred Gratzer führt aus, dass der Gemeindeanteil EUR 100.000,00 beträgt. Im Südburgenland gibt es eine Regelung, wonach der Gemeindeanteil zur Hälfte von der Feuerwehr getragen wird, soweit Vermögen vorhanden ist. Die andere Hälfte wird von der Gemeinde beglichen. So wird das in Jennersdorf gehandhabt. Es wird auch wieder ein Fest veranstaltet, wo alle hinkommen können und Geld eingenommen werden kann. Dieses Fahrzeug ersetzt das KAT-Fahrzeug. Ein Fahrzeug kommt daher weg, wodurch 2 Stellplätze frei werden.

Petra Meitz hält fest, dass für das Jahr 2024 nur dieser Beitrag und keine Garage budgetiert wird.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt hierzu, dass daran gefeilt wird und Ansparungen getätigt wurden. Vermögen ist vorhanden, die Stadtgemeinde kann sich diese EUR 50.000,00 leisten. Bei dieser Kostenteilung handelt es sich um ein gutes Übereinkommen.

Alfred Gratzer informiert weiter, dass das KAT-Konzept auch weitergeht und Teleskoplader sowie Stromaggregate angeschafft werden. Man will hier auf das Niveau von Ober- und Niederösterreich nachrüsten.

Vbgm. Josef Feitl gibt an, dass er bereits in der gestrigen Fraktionssitzung erwähnte, dass er wirklich froh ist, dass in den Feuerwehren der Stadtgemeinde Jennersdorf so viele junge technisch versierte Feuerwehrleute engagiert sind, welche diese ganzen

Geräte bedienen können. Es ist nicht selbstverständlich, dass das jeder kann und sich in der eigenen Freizeit dafür einsetzt. VbGm. Josef Feitl sagt das ganz bewusst gegenüber anderen Vereinen. Andere Vereine glauben nämlich, dass jede Minute gezahlt werden muss. Wenn er daran denkt, wie viele Stunden die Feuerwehr für die Öffentlichkeit aufbringt, möchte er ein großes Danke von Seiten der Gemeinde aussprechen. Das ist nämlich nicht selbstverständlich.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, einen Finanzierungsbeitrag in der Höhe von EUR 100.000,00, wobei EUR 50.000,00 von der Freiwilligen Feuerwehr Jennersdorf und EUR 50.000,00 von der Stadtgemeinde Jennersdorf bezahlt werden, sowie die Teilnahme am KAT-Konzept als Stationierungsgemeinde bzw. Stationierungs-Feuerwehr und die beiliegende Übernahmevereinbarung betreffend die Bestellung von Wechselladefahrzeugen mit Kran für die Feuerwehr Jennersdorf zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilagen: Information bezüglich Wechselladefahrzeuge (WLF) vom 08.03.2023, Übernahmevereinbarungsentwurf betreffend die Bestellung von Wechselladefahrzeugen mit Kran für die Feuerwehr Jennersdorf

16.) Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Umwelt und Soziales

Bgm. Reinhard Deutsch bittet den Obmann des Ausschusses für Gesundheit, Umwelt und Soziales, StR Oliver Stangl BSc, MSc, um seinen Bericht.

StR Oliver Stangl BSc, MSc berichtet, dass Anfang April die neue Allgemeinärztin ihre Praxis in Jennersdorf eröffnete. Sie ist mit ihrem Team sehr glücklich und hofft auch in Zukunft medizinisch gut versorgen zu können. Jedenfalls läuft und funktioniert alles. Die Ärztin wirkte nun auch im Gegensatz zu bereits geführten Gesprächen ganz anders. Was noch hinzukommt, ist, dass sie nicht nur die Allgemeinmedizin, sondern auch andere Gesundheitsberufe, wie etwa eine Diätologin und eine Ergotherapeutin mitbringt. Die Stadtgemeinde Jennersdorf verfügt nun über ein besseres Gesundheitsangebot, was auch aus der Gemeindezeitung hervorgeht. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Eine Herausforderung stellt die dritte Kassenstelle dar, welche wieder frei und derzeit ausgeschrieben ist. In Zukunft muss zugesehen werden, diese Stelle besetzen zu können. Die Stadtgemeinde Güssing hat bereits zum zehnten Mal ausgeschrieben und wartet schon ewig. Das bleibt ein offenes Thema. Zum Glück gibt es nun jemanden, der diese Versorgung stellt. Trotzdem steht man vor vielen Herausforderungen. Eine Partei hat in ihrer letzten Aussendung Frauen- und Kinderärzte erwähnt. Es wäre sehr gut für Jennersdorf, wenn solche Ärzte hier tätig werden würden. Es gibt eine Arbeitsgruppe, die sich ehrenamtlich damit beschäftigt und sehr viel Zeit investiert. Mit den gegebenen Kriterien und wie von der Kasse abgerechnet wird, ist das sehr schwierig. Dies betrifft insbesondere den Frauenarztbereich, zumal dieser nicht mehr wirtschaftlich zu führen ist. Darüber wurde auch im Gesundheitsausschuss diskutiert. Es muss hier auf übergeordneten Ebenen etwas passieren. Der Ausschuss wird jedenfalls weiterhin diskutieren und Möglichkeiten nutzen. Er hat jedenfalls vor, daran zu arbeiten. Insgesamt soll das Thema Gesundheit besser gebündelt werden, vor allem in der Kommunikation. Es gibt sehr viele Angebote, wie zum Thema Beckenboden, welches sehr gut ist und nur in Ostösterreich vorkommt, jedoch leider niemand davon weiß. Auch im Bereich der Pflege soll es zur besseren Außenkommunikation kommen. Hier gibt es auf Bezirksebene sehr viele Angebote. Der Ausschuss wird sich dieser Aufgabe widmen. Das war nun die Zusammenfassung zum Thema Gesundheit.

Zum Thema Soziales gibt StR Oliver Stangl BSc, MSc an, dass über den Heizkostenzuschuss gesprochen wurde. Die Zahlen wurden erhoben, wodurch nun

bekannt ist, wie viele Heizkostenzuschussbezieher es ungefähr gibt. Nun muss errechnet werden, was das die Gemeinde kosten würde. Das wird im Gesundheitsausschuss diskutiert und dem Gemeinderat vorgebracht.

StR Oliver Stangl BSc, MSc berichtet zum Thema Umwelt, dass die BeeFit-Gemeinde beschlossen wurde, was er sehr toll findet. Er erwähnt die bienenfreundliche Stadt und informiert, dass bereits ein Treffen mit dem Imkerverein stattfand. Des Weiteren sollen nun Termine mit dem Umweltgemeinderat, dem Naturpark, der Biodiversitätsexpertin, Frau Cornelia Mähr, und dem Naturverein Raab vereinbart werden. Hier geht es darum, welche Pflanzen gesetzt werden können, damit Bienen und Insekten über Nahrung verfügen. In den letzten 15 Jahren kam es zum Verlust von 78 % der Masse an Insekten auf der Welt. Das sagt schon sehr viel aus. Insekten leisten für uns einiges, besonders was die Bestäubungsfunktion angeht und auch noch andere Funktionen. Die Gemeinde soll versuchen, hier etwas zu machen. Derzeit befindet man sich in der Konzeptplanung. Im Ausschuss wurden auch noch andere Themen angesprochen, über welche das nächste Mal berichtet werden soll.

Bgm. Reinhard Deutsch bedankt sich bei StR Oliver Stangl, BSc, MSc für seinen Bericht.

Dr. Josef Hochwarter fragt, ob betreffend Community Nurse schon eine Verlängerung bekannt wurde.

StR Oliver Stangl BSc, MSc antwortet, dass noch nichts bekannt ist. Wenn man nach Fehring, Feldbach oder Sankt Anna blickt, funktioniert das sehr gut. Auf Bezirksebene ist Frau Fartek zuständig. Sie bietet viele Tätigkeiten einer Community Nurse an. Sie wird eigentlich von Seiten des Landes gestellt. Man muss nur wissen, dass es sie gibt. Als Bürger/in kann man bei ihr Anfragen stellen. Sie berät im Bereich der Pflege. Es gibt viele Angebote, diese müssen jedoch besser kommuniziert werden. Das ist auf jeden Fall eine Herausforderung. Als Beispiele erwähnt er die Homepage und die Gemeindezeitung. Die Informationen könnten gesammelt und besser nach außen getragen werden. Zum Thema Community Nurse gibt es derzeit noch keine Ausschreibung.

Vbgm. Josef Feitl ergänzt, dass die Gemeinde sehr viel Geld in die Hände nahm, als die Ärztin kam. Zusammen mit dem Mietzuschuss gelangte man auf über EUR 400.000,00 auf einen Zeitraum von 15 Jahren. Das ist seiner Meinung nach nicht wenig Geld. Daran ist erkennbar, dass die Gemeinde sehr viele Anstrengungen auf sich nahm, damit sich wieder eine Ärztin in Jennersdorf ansiedelt. Die Ärztin kam nicht, weil es in Jennersdorf so schön ist, sondern weil tatsächlich viel Geld in die Hand genommen wurde.

Petra Meitz verlässt um 20:26 Uhr den Saal.

Bgm. Reinhard Deutsch merkt an, dass das auch der Expertenrunde, welche eingangs von StR Oliver Stangl, BSc, MSc erwähnt wurde, geschuldet ist und diese viele unentgeltliche Stunden investierte. Auch StR Oliver Stangl, BSc, MSc war von der ersten Stunde an Mitglied der Expertenrunde. Nun besetzt er ein politisches Mandat und ist noch mehr eingebunden. Es gab viele gute Ideen und die Investition hat auch Früchte getragen. Es kann aber nicht sein, dass für jeden Mediziner so viel Geld in die Hand genommen wird. Nun wurde ein Grundstock geschaffen.

Vbgm. Josef Feitl merkt an, dass zur jetzigen Zeit keine Alternative besteht.

Bgm. Reinhard Deutsch bestätigt das und sagt, dass nichts vorhanden war, worauf man bauen konnte. Nun gibt es etwas, mit dem man arbeiten kann.

Vbgm. Josef Feitl sagt, dass das Gebäude mit dem Namen Gesundheitszentrum seinem Namen nun gerecht wird, zumal sich darin tatsächlich Ärzte/Ärztinnen befinden.

Petra Meitz kommt um 20:28 Uhr zurück in den Saal.

Bgm. Reinhard Deutsch wünscht Dr. Rosa Rogenhofer von Seiten des Gemeinderates alles Gute.

StR Oliver Stangl, BSc, MSc gibt an, dass ihm Dr. Rogenhofer bereits von Besuchen durch Mitglieder des Gemeinderates berichtete.

Gerda Poglitsch sagt, dass sie bereits dort war.

17.) Wahl des Ausschussmitgliedes der Fraktion ÖVP für den Ausschuss Gesundheit/Umwelt/Soziales

Die Wahl des Mitgliedes erfolgt fraktionell und geheim mittels Stimmzetteln.

Die Fraktion ÖVP schlägt vor: Anneliese Fürstner

Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion wählt mittels Stimmzetteln das ihr zustehende Ausschussmitglied.

Von den abgegebenen 5 Stimmen entfallen alle auf die vorgeschlagene Person – Anneliese Fürstner.

Somit ist Anneliese Fürstner Ausschussmitglied im Ausschuss für Gesundheit/Umwelt/Soziales.

18.) Bericht des Prüfungsausschusses

Bgm. Reinhard Deutsch bittet den Obmann des Prüfungsausschusses, KR Edmund Potetz um seinen Bericht.

KR Edmund Potetz berichtet, dass am Montag, den 27.02.2023 eine Prüfungsausschusssitzung stattfand. Anwesend waren neben ihm Silvia Deutsch, Siegfried Kahr, Gabriele Lechner und Michael Kristan. Entschuldigt waren Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße) und Karin Hirczy-Hirtenfelder. Als erster Punkt wurde die Genehmigung der letzten Niederschrift vom 18.01.2023 behandelt. Da keine Anfragen gestellt wurden, gilt die Niederschrift als genehmigt. Die Belege vom 01.10.2022 bis 31.12.2022 mit den Nummern von 5071 bis 6840 wurden stichprobenartig überprüft. Da es zu keinen Beanstandungen kam, wurde der Antrag einstimmig genehmigt. Betreffend Rückstandslisten haben sich die Außenstände gegenüber der letzten Kontrolle um € 398.354,91 erhöht. Dies deshalb, weil die Vorschreibung für das 1. Quartal 2023 erst mit 17.02.2023 fällig war und die Abbuchungsaufträge in der Höhe von € 138.588,08 noch nicht gebucht wurden und sonst auch noch viele Zahlungen ausständig waren. Daher wird das in Ordnung sein. Der Gesamtsaldo der Rückstände betrug € 534.970,49. Alle waren der Meinung, dass Frau Mag. Sandra Rinder diesen Aufgabenbereich sehr gut bearbeitet. Sie soll Ratenvereinbarungen, Exekutionen usw. voll ausnutzen, weil die Gemeinde kein bzw. wenig Geld hat. Petra Meitz erwähnt 1,8 Millionen.

KR Edmund Potetz berichtet, dass die nächste Prüfungsausschusssitzung voraussichtlich am Montag, den 26.06.2023 stattfinden wird. Er hofft auf zahlreiches Erscheinen und bedankt sich bei den Mitgliedern für ihr Kommen. Er erklärt, das mindestens 5 Mitglieder anwesend sein müssen, damit der Prüfungsausschuss beschlussfähig ist.

Bgm. Reinhard Deutsch bedankt sich bei KR Edmund Potetz für seinen Bericht.

19.) Beratung und Beschlussfassung über die beiliegende Grundsatzvereinbarung betreffend Glasfaserinfrastruktur mit der Österreichischen Glasfaser Infrastruktur Gesellschaft (öGIG)

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass die Grundsatzvereinbarung ausgesendet wurde.

Mag. Milan Nemling erkundigt sich, welche Informationen von der Gemeinde in der Zwischenzeit betreffend Verlegung usw. sowie beziehungsweise auf das Angebot eingeholt wurden.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt zu Mag. Milan Nemling, dass dieser selbst eine E-Mail an den Landesrat Dorner schrieb, wobei die Informationen dürftig ausfielen bzw. es sich um keine Auskünfte handelte. Ing. Franz Kropf setzte sich mit steirischen Gemeinden in Verbindung. Dort wird bereits gearbeitet und die Gemeinden sind positiv gestimmt. Jedenfalls kam Bgm. Reinhard Deutsch nichts Negatives zu Ohren. Ing. Franz Kropf wurde beauftragt, Informationen einzuholen. Es hieß, das sei in Ordnung und passe. Mehr kann Bgm. Reinhard Deutsch dazu nicht sagen. Er hörte, dass für einzelne Gemeinden noch einiges rausverhandelt werden kann. Heute geht es lediglich um eine Grundsatzvereinbarung, die nicht den endgültigen Vertrag darstellt. Grundsätzlich würde Bgm. Reinhard Deutsch das Miteinfließen gemeindeeigener Gebäude reinreklamieren. Es muss vorerst zugesehen werden, wie weit das geht.

Mag. Milan Nemling informiert, dass die Fraktion SPÖ tatsächlich Anfragen an das Büro des Landesrates Dorner stellte und die Veränderung der Strukturen der Arbeitsplätze, wie etwa durch Homeoffice ein wichtiges Thema darstellt. Jedenfalls wird mehr denn je ein ordentliches Internet benötigt. Gemäß dem letzten Gemeinderatsbeschluss sollten von Seiten der Gemeinde diesbezügliche Überprüfungen getätigt werden. Nun übernahm das die kleinste Fraktion SPÖ. Mag. Milan Nemling berichtet, dass er den Landesrat Dorner kontaktierte und an einen Beauftragten des Landes Burgenland weitergeleitet wurde. Es gibt Fragen, über welche man sich schon Gedanken machen sollte. Es handelt sich um eine private Firma, die eine Infrastruktur erstellt, die in Zukunft für die Gemeinde sehr wichtig sein wird. Was geschieht, wenn sich das für diese private Firma in Zukunft nicht mehr rechnet oder kleine Anbieter, Provideranbieter zukünftig vom Markt verschwinden bzw. geschluckt werden? Was geschieht dann mit dem Netz? Gibt es dann weiterhin eine Glasfaser, die genutzt werden kann? Kann jemand anders dieses Netz nutzen, oder muss ein neues Kabel verlegt werden? Wenn man sowas in privatwirtschaftliche Hände legt, müssen diese Fragen geklärt werden. Das war das ursprüngliche Anliegen der Fraktion SPÖ. Es ging hier nicht um eine Verhinderung, auch wenn das die öGIG so sah. Die Frage, wonach die Glasfaserstruktur sehr wahrscheinlich auch später verwendet werden kann, ist nun geklärt, weil die Allianz, die letztendlich Eigentümer der öGIG ist, sobald kein Interesse zum Weiterbetreiben besteht, natürlich veräußern wird. Somit ist diese kritische Frage geklärt. Diese Abklärung war der Fraktion SPÖ wichtig, schließlich soll dann nicht wo ein ungenutztes Kabel herumliegen, womit keiner was anzufangen weiß.

StR Oliver Stangl BSc, MSc ergänzt, dass eigentlich ein Internet mit einem Kanal verglichen werden kann. Es handelt sich um eine Daseinsvorsorge. Weil der Staat nicht involviert ist, kann es passieren, dass eine A1-Leitung unten liegt und eine private Leitung darüber. Das ist in einigen Gemeinden bereits geschehen. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen, wie viel Geld hier investiert wird. Die Informationen wurden vom Breitband-Koordinator des Landes übernommen.

Mag. Milan Nemling merkt an, dass diese Strukturen anderswo staatlich zur Verfügung gestellt werden. Das ist etwa wie bei der ÖBB, diese verfügt über die Schiene, wobei die Westbahn diese Infrastruktur als privates Unternehmen nutzt. In anderen Ländern betrifft das unterschiedliche Leitungen, bei uns ist das nicht der Fall.

StR Oliver Stangl BSc, MSc erwähnt beispielsweise die Länder Schweiz und Frankreich.

Vbgm. Josef Feitl gibt an, dass die Versicherung hier eine Milliarde Euro investiert. Wenn eine Versicherung solche Beträge einbringt, wird das nie brachliegen. Es handelt sich um Unternehmer.

Mag. Milan Nemling merkt an, dass es sich um gewinnorientierte Unternehmer handelt, welche jedenfalls bestimmte Interessen haben. Wenn sich das für sie nicht mehr rechnet, werden sie davon ablassen. Damals haben wir gehört, welche Anbieter für das Internet

zur Verfügung stehen, wovon Spusu der bekannteste war. Daneben wurden 19 - 20 wirklich kleine unbekannte Anbieter genannt, welche geschluckt werden könnten.

VbGm. Josef Feitl merkt an, dass auch Telefonanbieter schon geschluckt wurden, es deswegen trotzdem noch Handys gibt. Das läuft zu 100 % weiter. Sobald dieses Kabel drinnen liegt, wird es von keinem ausgegraben werden.

Mag. Milan Nemling verweist auf die vorherige Angabe, wonach es passieren kann, dass ein anderes Kabel draufgelegt werden muss.

VbGm. Josef Feitl erwähnt seine Firma in den Bergen draußen und merkt an, dass sonst niemand, keinesfalls die Telekom, etwas machen wird. Es ist ganz wichtig, dass auch kleine abgelegene Standorte ein gutes Internet nutzen können. Wenn man heute außerhalb von Jennersdorf tätig sein will, ist das das Um und Auf.

KR Edmund Potetz gibt an, dass er zwar kein Internetprofi ist, jedoch sagen kann, dass er bei der Sitzung, als das Thema vorgestellt wurde, anwesend war. Der Vortragende erwähnte einen Satz, wonach mindestens 40 % anschließen müssen. Er fragt Bgm. Reinhard Deutsch, was geschieht, wenn keine 40 % erreicht werden können. Geschieht dann etwas oder nicht?

Mag. Milan Nemling sagt hierzu, dass er erst gestern mit StR Oliver Stangl BSc, MSc darüber sprach. Auf der Internetseite fanden sie einen Passus, wonach eigentlich 40 % der möglichen Abnehmer mitziehen müssen. Er bildet sich aber ein, dass bei der Bauausschusssitzung erwähnt wurde, dass das nicht so genau genommen wird. Die Fraktion SPÖ möchte auch eine Bedarfserhebung anmerken.

Mag. Hannes Würkner sagt, dass diese durchgeführt wird.

Bgm. Reinhard Deutsch erwähnt eine E-Mail, wonach, sofern heute eine Zustimmung erteilt wird, nächste Woche ein Fahrzeug mit allen technischen Raffinessen im Stadtgebiet zum Zwecke der Bedarfserhebung unterwegs sein wird. Es handelt sich um ein technisch hochausgestattetes Fahrzeug.

VbGm. Josef Feitl bringt ein, dass der Anschluss günstiger als bei Telekom ist. Nicht dass jemand glaubt, das wird beim Anschluss hinzugerechnet. Das stimmt überhaupt nicht.

Mag. Milan Nemling sagt, dass er absolut dafür ist, es ihm jedoch ein Anliegen war, offene Fragen zu klären.

StR Oliver Stangl, BSc, MSc gibt an, dass die Gemeinde wieder eine Aufgabe hat, wo sie sich etwas überlegen muss, weil sie über keine Informationen verfügt. Hier geht es nicht um ein paar tausend, sondern um Millionen Euro. In ganz Österreich herrscht nun die Situation, dass jede Gemeinde für sich Überlegungen anstellen muss, was für sie eine tolle Möglichkeit hinsichtlich eines Glasfaserinternets wäre. Eine Gemeinde muss hier eine Entscheidung auf Basis von keinerlei Information treffen. Das möchte die Fraktion SPÖ aufzeigen. Es handelt sich wieder um einen Aufwand der Gemeinde. Vieles bleibt an ihr hängen. Jedenfalls muss die Informationslage angeprangert werden. Man kann zwar Diskussionen darüber führen, was besser oder schlechter ist. Fakt ist jedenfalls, dass man sich die Infos zusammenkratzen muss.

Mag. Milan Nemling betont, dass es keine Expertise und Information gibt. Irgendwo muss es doch einen Experten geben, der über unterschiedliche Modelle und Vorgehensweisen informieren könnte. Der Gemeinde ist das nicht möglich.

VbGm. Josef Feitl sagt, dass das daran liegt, weil die Stadtgemeinde Jennersdorf nun bei den ganz ersten im Burgenland dabei ist.

Mag. Milan Nemling merkt an, dass es trotzdem von Vorteil wäre, wenn es jemanden auf übergeordneter Ebene gäbe, welcher die Expertise hätte und Auskünfte erteilen könnte.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, die beiliegende Grundsatzvereinbarung betreffend Glasfaserinfrastruktur mit der Österreichischen Glasfaser Infrastruktur Gesellschaft (öGIG) zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilage: Entwurf - Grundsatzvereinbarung betreffend Glasfaserinfrastruktur mit der Österreichischen Glasfaser Infrastruktur Gesellschaft (öGIG)

20.) Beratung und Beschlussfassung über eine Verordnung betreffend Entwidmung von öffentlichem Gut – Grundstückes Nr. 1919, KG 31111 Jennersdorf

Bgm. Reinhard Deutsch gibt an, dass es nur um die Verordnung geht.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bgm. Reinhard Deutsch den Antrag, die Verordnung wie folgt zu beschließen:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Jennersdorf vom 13.04.2023, mit welcher das Grundstück Nr. 1919, KG 31111 Jennersdorf (164 m²) dem öffentlichen Gut der Stadtgemeinde Jennersdorf entwidmet und dem Privatgebrauch zugeführt wird.

§ 1

Das im beiliegenden Plan dargestellte Grundstück Nr. 1919, KG 31111 Jennersdorf, im Ausmaß von 164 m² wird dem Öffentlichen Gut der Stadtgemeinde Jennersdorf entwidmet und Privatgebrauch zugeführt.

Der beiliegende Plan bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Die Verordnung wird einstimmig angenommen.

21.) Allfälliges

Bgm. Reinhard Deutsch spricht die Fassadengestaltung im Rathaus an. Seinerzeit kam es zur Anregung, Künstler aus Jennersdorf miteinzubinden, was von Vbgm. Josef Feitl gemacht wurde. Elfie Semotan brachte einen namhaften Künstler, Herrn Peter Kogler. Er verfügt über ein Haus in Slowenien und ist ständig auf der Durchreise. Herr Kogler machte einen Entwurf für die Fassadengestaltung. Grundidee war, dass Fenster und Öffnungen beibehalten bleiben. Dieser Baustil nennt sich Brutalismus. Es kam die Idee auf, die Fassade mit einer eigenen Putztechnik zu gestalten. Diese Technik nennt sich Sgraffito. Bei dieser Technik gibt es mehrere Putzsysteme, wobei nass in nass gearbeitet wird. Das ist im denkmalgeschützten Bereich angesiedelt und irrsinnig aufwendig. Wenn es fertig ist, schaut das bestimmt super aus, wobei das auch Geschmacksache ist. Peter Kogler verlangt für einen Entwurf EUR 21.000,00. Man kann davon ausgehen, dass die Straßenfassade EUR 80.000,00 – EUR 100.000,00 ausmachen wird. Das Miteinbinden der Jennersdorfer Künstler stand einmal im Raum. Es stellt sich nun die Frage, ob das weiterverfolgt werden soll. Bgm. Reinhard Deutsch ist der Meinung, dass das auch günstiger durchgeführt werden kann, vielleicht auch gleich schön. Sollte das an die Öffentlichkeit gelangen, soll es nicht heißen, das wurde dem Gemeinderat nicht zugetragen.

Mag. Milan Nemling merkt an, dass Sparen gut und schön ist. Wenn es schon einen Künstler gibt, der das Rathaus gestalten würde und eventuell sogar Leute das Rathaus ansehen kommen und vielleicht beim Raffel einen Kaffee trinken, wäre auch das eine Option. Er kann es nicht sagen.

Bgm. Reinhard Deutsch bringt ein, dass der Gemeinderat heute keine Entscheidung trifft. Es könnten eine Firma bzw. österreichische oder deutsche Firmen gesucht werden, welche mit Sgraffitotechniken arbeiten. Dann könnte man zusehen, was sowas kosten könnte. Anschließend könnte der Gemeinderat eine Entscheidung treffen, ob ihm das sich ergebende Preiskonstrukt eine Umsetzung wert ist oder nicht. Sobald der Künstler beauftragt wird, fallen Kosten in der Höhe von EUR 21.000,00 an, wobei nicht bekannt ist, was nachträglich auf die Gemeinde zukommt.

Gerda Poglitsch erkundigt sich über den Kunststil.

Bgm. Reinhard Deutsch und Mag. Milan Nemling geben an, dass sich der Kunststil Brutalismus nennt.

Mag. Milan Nemling merkt an, dass es sich um eine Geschmackssache handelt. Er ist der Meinung, dass man sich in Jennersdorf ruhig etwas trauen darf.

Siegfried Kahr gibt an, dass sich eventuell auch einheimische Künstler einbringen könnten.

Mag. Milan Nemling erläutert, dass Elfie Semotan eine Künstlerin mit Weltgeltung ist. Wird sie bei einer Fassadengestaltung involviert, zieht das Leute an.

Vbgm. Josef Feitl informiert, dass Peter Kogler den Hauptbahnhof in Graz gestaltete.

Anneliese Fürstner merkt an, dass dieser Bahnhof keinen guten Eindruck macht.

Mag. Milan Nemling sagt, dass es sich immer um eine Geschmacksache handelt.

Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße) erwähnt die Kosten des Rathauses. Es ist bekannt, dass der Bau situationsbedingt, konkret wegen des zwei Jahre langen Hinhaltens und der steigenden Preise, mehr kosten wird. Die Kosten wurden kalkuliert. Man kann nun kein Geld rausschmeißen, sondern es muss das Gesamtprojekt betrachtet werden. In einem gewissen Rahmen wurde das Projekt gemeinsam gestaltet, so viel steht auch zur Verfügung. Man weiß, dass es sich eventuell ausgehen wird oder muss. Zusätzliche Leistungen müssen daher überlegt werden. Nachzudenken ist des Weiteren über bereits erfolgte Ausgaben bzw. über das, was noch ansteht. Künstler in Ehren, jedoch sollte das vernünftig angegangen werden. Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße) gibt Bgm. Reinhard Deutsch recht, wonach vorab geklärt werden sollte, wer das macht, bevor der Auftrag vergeben wird.

Mag. Milan Nemling sieht das auch so.

Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße) merkt an, dass auch die Kosten geprüft werden sollten. Es sollte darauf geachtet werden, im Rahmen zu bleiben.

Mag. Milan Nemling stimmt dem zu. Die Gemeinde soll sich keinesfalls ins kalte Wasser stürzen. Natürlich soll das mit Augenmaß angegangen werden.

Mag. Hannes Würkner schildert, dass es sich um emotionale Fragen handelt. Er wäre dafür, auch die Bevölkerung miteinzubeziehen. In der Gemeindezeitung könnten 2 - 3 Vorschläge samt Kosten, welche daher in genauen Angaben benötigt werden, vorgestellt werden. Die Gemeinde würde dann ein Stimmungsprofil der Bevölkerung erhalten. Wie

man fragt, etwa brieflich, muss überlegt werden. Die Bevölkerung könnte etwa entscheiden, dass das Rathaus weiß, ohne Stilelement sein sollte, weil das dann nur EUR 10.000,00 oder EUR 15.000,00 kostet. Die Bevölkerung sollte abstimmen. Es handelt sich um eine Entscheidung, die mit Bürger/innen getroffen werden kann. Für Mag. Hannes Würkner handelt es sich um einen gangbar Weg.

StR Oliver Stangl, BSc MSc ergänzt zum Brutalismus, dass dieser nicht an der Fassadengestaltung hängt. Er zeigt sich an seinen harten Formen, etwa, wenn Balkone und Fenster so bleiben wie sie sind. Dann bleibt der Bau im Stil des Brutalismus, was es der Gemeinde unbedingt wert sein sollte. Es handelt sich um ein besonderes Werk. Dieses harte Bauwerk gilt es auch zu erhalten. Es handelt sich um eine Besonderheit, die es hier gibt. Die Fassadengestaltung stellt einen weiteren Pluspunkt dar. Eine Sanierung ist jedenfalls besser, als den Balkon nach vorne zu setzen.

VbGm. Josef Feitl sagt hierzu, dass heute die Bestellung der Fenster bereits beschlossen wurde. Die Fenster wurden genauso so, wie sie sind, ausgeschrieben. Das betrifft auch die Schlosserarbeiten, damit der Balkon genau so erhalten bleibt. Die Abschirmung beim Balkon, der fixe Teil, wird mit einzelnen Stäben wie begonnen weitergeführt und nicht abgeschirmt. Dort, wo sich die Balkontür befindet, wurde abgeschirmt, damit man nicht hineinsehen kann. Das wird nicht der Fall sein.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt, dass der Baustil als Brutalismus erhalten bleibt. Das wurde von Elfie Semotan als erstes eingebracht. Es gab mehrere Varianten, wie etwa das Versetzen der Terrasse nach außen. Mit dieser Beibehaltung wurde bereits ein Teil des Kunstauftrages erfüllt.

Mag. Milan Nemling merkt an, dass man diesen Stil mit dieser Fassadengestaltung noch unterstreichen könnte. Andernfalls handelt es sich um eine Fassade wie jede andere. Der Brutalismus ist auch denkmalgeschützt, wie etwa in Mattersburg usw. Das Gebäude könnte sowieso nicht abgerissen werden, es ist wahrscheinlich so fest wie ein Bunker.

Dr. Nikolaus Leontaridis erwähnt in diesem Zusammenhang Oberwart und Spital bzw. die Kirche in Oberwart.

Bgm. Reinhard Deutsch sagt, dass dieses Thema gerne Eingang in die Gemeindezeitung finden kann. Bis dahin wird er hoffentlich über ein Zahlenwerk verfügen. Was das wert sein sollte, kann man den Bürgern/Bürgerinnen auch zukommen lassen.

Mag. Hannes Würkner stimmt dem zu, zumal auch die Bevölkerung über dieses Wissen verfügen sollte. Es soll verglichen werden, was eine glatte Fassade oder ein anderer Vorschlag im Vergleich kosten würde.

Josef Glantschnig merkt an, dass es sich vor allem um eine sparintensive Zeit handelt.

VbGm. Josef Feitl informiert, dass Kathrin Pucher mit diesem Künstler in der Kunsthalle Burgenland zusammenarbeitet. Sie meinte, dass es für dieses Projekt auch eine Förderung gibt, deren Höhe ihr noch nicht bekannt ist. Sollte das so gemacht werden, wird sie um eine Förderung ansuchen. Die Höhe der Förderung könnte dann EUR 5.000,00 oder EUR 30.000,00 ausmachen. Jedenfalls wurde das mit ihr vereinbart. Bis auf den Preis von Kogler konnte sie noch nichts Genaues sagen.

Mag. Milan Nemling schildert, dass in der Gegend seit Jahrzehnten Künstler mit Weltgeltung ansässig sind. Über Geschmack lässt sich immer streiten. Diese Künstler hatte man bei uns in der Gegend versammelt, was nach wie vor so ist. Er erwähnt beispielsweise Elfie Semotan, Alfred Pichler, Peter Handke usw. Rundum waren Leute mit Weltgeltung hier. Das hat sich in der Vergangenheit auch in Ausstellungen gezeigt,

was für Jennersdorf allerhand ist. Erst vorgestern war die Rede davon, was uns Leute bringen. Personen bringen uns Kaufkraft und Leben. Das ist mithin auch ein Faktor, den man nicht außer Acht lassen und zukünftig nicht völlig unter den Tisch fallen lassen sollte, nur, weil man der Meinung ist, man braucht das nicht, weil es zu viel kostet. Mag. Milan Nemling vertritt die Meinung von Helmut Kropf (Rax-Bundesstraße), wonach man sich das anschauen und keine voreiligen Schlüsse ziehen sollte. Er ist jedenfalls dafür, dass man darüber nachdenken sollte und nicht grundlegend gesagt wird, wir brauchen das nicht, weil der Stil unschön ist. Das sollte sich der Gemeinderat vor Augen halten.

Bgm. Reinhard Deutsch hält fest, dass dieses Thema in der nächsten Gemeindezeitung mit einem Zahlenwerk präsentiert wird.

Petra Meitz gibt an, dass sie etwas zur Aussendung der Fraktion ÖVP sagen möchte und es ihr recht wäre, wenn Gabriele Lechner heute anwesend wäre. Sie hat das Gefühl, dass es dieser Fraktion um das Motto „*Grundsatzangriff ist die beste Verteidigung*“ geht. Anscheinend gibt es von Seiten der ÖVP viel zu verteidigen. Nachdem auch sie darin vorkommt, möchte sie sich nicht verteidigen, jedoch fühlt sie sich angegriffen. Petra Meitz möchte daher klarstellen, dass jeder bisherige Gemeindegeldkassier sein Gehalt erhielt, egal ob es sich um Herrn Müller, Frau Hirtenfelder, Frau Kinzl oder Frau Scheibreithner handelte. Bis dato hat noch niemand darauf verzichtet und dieses Amt ehrenamtlich ausgeübt. Es ist wichtig, dass das auch der Fraktion ÖVP klar ist. Franz Müller erhielt einen Bezug als Stadtrat. Gemäß dem Bezügegesetz dürfen nicht beide Bezüge kassiert werden.

Bgm. Reinhard Deutsch bestätigt das.

Vbgm. Josef Feitl äußert sich zum ÖVP-Blatt betreffend „*Fragen des Verschuldungsgrades der Neuverschuldungen oder den Schuldenstand der Gemeinde werden mit den großen Bauprojekten der Coronakrise lapidar erklärt. Wir sind überzeugt, dass ausgabenseitig gespart werden soll, um wieder auf den ehemaligen Finanzweg der Gemeinde zurückzukommen.*“ Es wurde 20 Jahre lang nichts gemacht und es gab einen Haufen Schulden. Als Beispiel erwähnt Vbgm. Josef Feitl, dass EUR 200.000,00 für eine Beratung rausgeschmissen wurden. Das ist ein Schmierblatt. Vbgm. Josef Feitl empfindet es als eine Frechheit, was dort geschrieben wird. Die Bürgerliste JES bemüht sich um das Schaffen von Projekten. Im ÖVP-Blatt wird auch angemerkt, dass vieles noch gemacht werden muss. Er fragt, ob er das mit seinem Geld bezahlen soll. Diese Frage möchte er den Mitgliedern der Fraktion ÖVP stellen. Er beschäftigt sich stundenlang mit diesen Themen. Früher wurde für diese Zeit das Geld von der Fraktion ÖVP mit der Scheibtruhe zum Depisch geführt. Das sind Tatsachen. Als weiteres Beispiel erwähnt Vbgm. Josef Feitl ein Parkleitsystem, wobei für drei Blechtafeln EUR 42.000,00 bezahlt wurden.

Gerda Poglitsch merkt an, dass Josef Feitl damals Mitglied des Gemeinderates war.

Vbgm. Josef Feitl fragt Gerda Poglitsch, ob sie träumt, zumal er aus diesen Gründen den Gemeinderat verlassen hatte.

Bgm. Reinhard Deutsch lädt den Gemeinderat für nächste Woche, 20.04.2023, zur Präsentation einer Kaufkraftanalyse ein. Wer Zeit findet, soll sich das bitte anhören. Es ist sehr interessant, wo die Finanzströme verlaufen. Diese Präsentation wird von der Wirtschaftskammer veranstaltet. Bgm. Reinhard Deutsch bittet die Mitglieder des Gemeinderates um eine Anmeldung und Teilnahme. Per E-Mail erfolgte bereits eine Information.

Bgm. Reinhard Deutsch bedankt sich für die Mitarbeit und informiert, dass die nächste Gemeinderatssitzung voraussichtlich am 01.06.2023 oder am 15.06.2023 stattfinden wird. Er bedankt sich für die konstruktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21:09 Uhr.

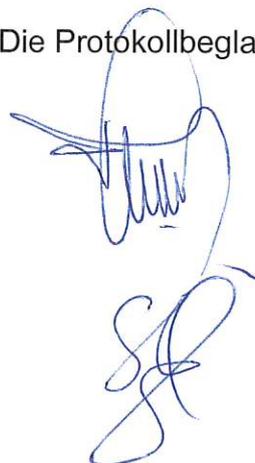
Der Bürgermeister:

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large circle with a horizontal line through it and a long tail extending to the left.

Die Schriftführerin:

A handwritten signature in blue ink, appearing to be the name 'Hinder'.

Die Protokollbeglaubiger:

Two handwritten signatures in blue ink, one above the other, both appearing to be initials or a stylized name.

